

2008

Bericht über das Geschäftsjahr

2008 | Bericht über das Geschäftsjahr

Herausgeber

Sächsische Aufbaubank
– Förderbank –
Pirnaische Straße 9
01069 Dresden
Tel. 0351 4910-0
Fax 0351 4910-4000
www.sab.sachsen.de

Redaktion

Sächsische Aufbaubank
– Förderbank –
Wild Kommunikation

Konzept und Gestaltung

Wild Kommunikation

Produktion

Messedruck Leipzig GmbH

Bericht über das Geschäftsjahr 2008

Lagebericht	5
Bericht des Verwaltungsrates	29
Jahresbilanz 2008	30
Gewinn- und Verlustrechnung	34
Anhang zum Jahresabschluss	37
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	55

1. Rahmenbedingungen

1.1 Organisatorische und rechtliche Rahmenbedingungen

Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB) ist das zentrale Förderinstitut des Freistaates Sachsen. Auf Grundlage des Gesetzes zur Errichtung der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – vom 19. Juni 2003 (FöfdbankG) und der vom Verwaltungsrat erlassenen Satzung unterstützt die Bank als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts den Freistaat Sachsen bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben.

Die Organe der Bank sind der Vorstand und der Verwaltungsrat. Der Vorstand der SAB besteht seit dem 13. August 2008 aus zwei Mitgliedern, Stefan Weber (Vorsitzender) und Gerd Pohland. Damit trat eine neue Geschäftsverteilung in Kraft. Der Verwaltungsrat bestellte Ronald Kothe mit Wirkung vom 1. Juli 2008 zum Generalhandlungsbevollmächtigten der SAB. Den Vorsitz im Verwaltungsrat führt der Sächsische Staatsminister der Finanzen. Das Sächsische Staatsministerium der Finanzen hat die Rechtsaufsicht über die SAB inne. Der Beirat der SAB pflegt den Erfahrungsaustausch zwischen Bank, Wirtschaft, Verwaltung und Politik. Er berät und unterstützt Vorstand und Verwaltungsrat bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Die SAB ist zuständig für die Durchführung der Förderung in den im FöfdbankG aufgezählten Bereichen. Hierzu gehören insbesondere die Wirtschaftsförderung, Wohnungsbauförderung, Infrastruktur- und Städtebauförderung, Arbeitsmarktförderung sowie die Umwelt- und Landwirtschaftsförderung. Zur Durchführung ihrer Aufgaben kann die SAB alle ihr zur Verfügung stehenden bankmäßigen Instrumente einsetzen, vor allem Darlehen, Zuschüsse, Bürgschaften und sonstige Finanzhilfen gewähren sowie Beteiligungen eingehen.

Die SAB gehört der Entschädigungseinrichtung des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands GmbH sowie dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands e.V. an.

Die Bank wird ausschließlich marktergänzend tätig. Sie erfüllt die ihr durch das FöfdbankG

übertragenen Aufgaben im eigenen Namen und auf eigene Rechnung oder für den Freistaat Sachsen oder andere öffentliche Stellen. Da die SAB nicht am allgemeinen Wettbewerb teilnimmt, unterliegt sie weder der Körperschaft- noch der Gewerbesteuerpflicht.

Entsprechend ihres Förderauftrags konzentriert sich die Tätigkeit der SAB auf den Freistaat Sachsen. Zur Verbesserung der Kundenkommunikation hat die Bank neben ihrem Sitz in Dresden und den Kundencentern in Chemnitz und Leipzig im Jahr 2008 ein erstes Regionalbüro in Plauen errichtet.

Im Jahr 2007 startete die SAB ein Kostensenkungsprojekt. Die damit verbundenen Ziele wurden größtenteils bis zum 31. Dezember 2008 realisiert. Zudem wurde die Aufbauorganisation der SAB infolge der neuen Geschäftsverteilung angepasst und die Anzahl der Abteilungen auf 16 reduziert.

1.2 Wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen

Das Jahr 2008 stand insbesondere seit der Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers Inc. im Zeichen der Finanzmarktkrise.

Die sächsische Wirtschaft entwickelte sich korrespondierend zum gesamtdeutschen Trend. Nach kräftigen Zuwachsraten in den vergangenen beiden Jahren brach das Wirtschaftswachstum im Freistaat ein. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich nach Angaben des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen um 0,6% (Vorjahr: 2,4%). Der deutliche Rückgang ist insbesondere auf die schwache Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes im Freistaat zurückzuführen. Der Grund hierfür ist in der weltweiten Abkühlung der Konjunktur infolge der Finanzmarktkrise zu sehen. Negative Folgen ergaben sich insbesondere für das Auslandsgeschäft, wo sächsische Unternehmen deutliche Umsatzeinbußen verkraften mussten. Das Bauhauptgewerbe entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr positiv. Den Impuls hierfür lieferte vor allem der Hochbau, der eine Umsatzsteigerung verzeichnen konnte. Der sächsische Handel entwickelte sich 2008 ebenfalls positiv. Auf dem sächsischen Arbeitsmarkt setzte sich der

positive Trend des Jahres 2007 fort. Die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 1 %. Im Jahresdurchschnitt sank die Arbeitslosenquote in Sachsen von 14,7 % auf 12,8 %.

Der demographische Wandel beeinflusst im Freistaat Sachsen alle Lebensbereiche. Auch im Jahr 2008 ging die sächsische Bevölkerung weiter zurück. Die negative Entwicklung der vergangenen Jahre setzte sich somit fort. Die Gründe für den Rückgang liegen vornehmlich

in den weiterhin zu niedrigen Geburtenzahlen und den anhaltenden Abwanderungen. Einzig die Kreisfreien Städte Dresden und Leipzig waren vom Bevölkerungsrückgang nicht betroffen. Die Einwohnerzahlen stiegen in beiden Städten aufgrund von Wanderungsgewinnen leicht an.

Für die SAB sind die Auswirkungen des demographischen Wandels auch wegen ihres großen Engagements am Wohnungsbau besonders bedeutsam.

2. Geschäftsentwicklung

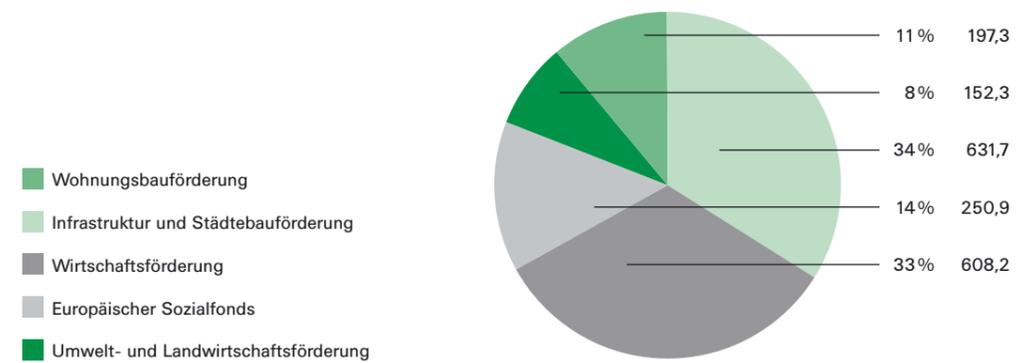
2.1 Allgemein

Im Berichtsjahr betrug das Neugeschäftsvolumen der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – 1.840,4 Mio. € und lag über dem Vorjahresniveau (1.374,8 Mio. €) sowie über Plan (1.646,7 Mio. €). Die Qualität des Neugeschäfts entsprach den Vorgaben der Risikostrategie und trug zur Stärkung der Risikotragfähigkeit bei.

Die SAB vergab im Berichtsjahr Mittel in Höhe von 555,4 Mio. € in Form von Darlehen und 1.279,8 Mio. € in Form von Zuschüssen. Außerdem übernahm die Bank Bürgschaften in Höhe von 5,2 Mio. €.

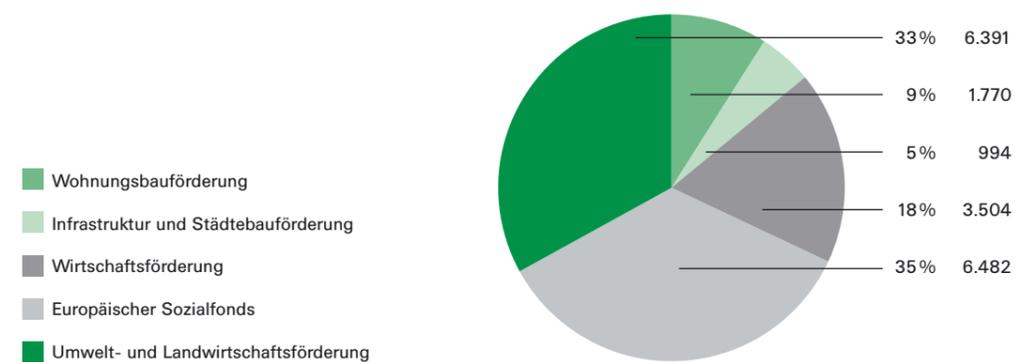
Das Darlehensneugeschäft lag mit 181,3 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Dies resultiert vor allem aus Infrastrukturfinanzierungen. Die im Jahr 2008 vergebenen Zuschüsse übertrafen das Volumen des Vorjahres um 291,1 Mio. €. Dies ist unter anderem auf ein höheres Zuschussvolumen im Rahmen der investiven Schulhausbauförderung, der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und der FuE-Verbundprojektförderung zurückzuführen.

Neugeschäftsverteilung 2008 nach Förderbereichen (in Mio. €)



Die SAB bewilligte im Berichtsjahr 19.141 Anträge. Dies entspricht einem Zuwachs von 63,6 % gegenüber dem Vorjahr (11.698).

Bewilligte Anträge 2008



2.2 Geschäftsentwicklung der einzelnen Förderbereiche

Wohnungsbauförderung

Ziel der Förderung ist die Verbesserung der Wohnraumsituation in Sachsen. Dazu führt die SAB im Bereich der Eigentums- und Mietwohnungsbauförderung neben den vom Freistaat Sachsen übertragenen auch Bundes- und bankeigene Förderprogramme durch.

Im Rahmen der Wohnungsbauförderung reichte die Bank Darlehen in Höhe von 196,9 Mio. € (Vorjahr: 194,4 Mio. €) und Zuschüsse in Höhe von 0,4 Mio. € (Vorjahr: 0,2 Mio. €) aus. Der Großteil

des Neugeschäfts 2008 geht auf die Förderung von Vorhaben der Modernisierung von vorhandenem Mietwohnraum sowie der Sanierung von selbstgenutztem Wohneigentum zurück. Besonders nachgefragt wurden die Darlehen aus dem Programm Energetische Sanierung von privaten Vermietern und Selbstnutzern. Die Nachfrage der organisierten Wohnungswirtschaft wurde durch beihilferechtliche Restriktionen gedämpft. Im Bereich Wohnungsbau entfielen 23,6% auf von der SAB durchgereichte KfW-Darlehen.

Programm	Förderart	Volumen in Mio. €
SAB-Förderergänzungsdarlehen	Darlehen	110,9
SAB-Eigenheimzulagedarlehen	Darlehen	< 0,1
Energetische Sanierung	Darlehen	23,2
Energetische Sanierung (Tilgungszuschuss für energetische Bewertung)	Zuschuss	0,1
Mehrgenerationenwohnen	Darlehen	5,9
Wohneigentum	Darlehen	10,3
Durchleitung KfW-Darlehen, darunter:		
CO ₂ -Gebäudesanierung		9,8
Wohnraum Modernisieren		25,8
Ökologisch Bauen		5,2
Solarstrom Erzeugen		0,3
Wohneigentumsprogramm		5,4
Erneuerbare Energien		< 0,1
Sonstige		0,2
Gesamt		197,3

Infrastruktur- und Städtebauförderung

Der Förderbereich Infrastruktur- und Städtebau richtet sich vor allem an öffentliche Kunden. Dazu zählen Kommunen, kommunale Zweckverbände sowie soziale Institutionen und Bildungseinrichtungen. Schwerpunkte bilden die Programme der Städtebauförderung sowie die Schulhausbauförderung.

Im Rahmen der Infrastruktur- und Städtebauförderung konnte das Neugeschäft im Vergleich zum Vorjahr um 81,4% auf 631,7 Mio. € ausgebaut werden.

Im Jahr 2008 hat die SAB im Rahmen der Städtebauförderung insgesamt 172,5 Mio. € zur Verfügung gestellt. Davon entfielen 23,4 Mio. € auf den Rückbau von Wohnungen.

Im Rahmen der Infrastrukturförderung verzeichnete die SAB beim Programm Investiver Schulhausbau eine deutlich über dem Bewilligungskontingent liegende Nachfrage. Der Bank lagen 452 Anträge mit einem beantragten Zuschussvolumen von 362,2 Mio. € vor. Insgesamt konnten 194 Vorhaben mit einem Zuschussvolu-

men von 119,5 Mio. € gefördert werden. Am 31. Juli 2008 wurde von den beiden Nachfolgeprogrammen der EU-Gemeinschaftsinitiative Interreg IIIA, den sogenannten Ziel-3-Programmen, das sächsisch-tschechische Programm gestartet. Das sächsisch-polnische Programm befindet sich in der Implementierungsphase.

Programm	Förderart	Volumen in Mio. €
Kommunaldarlehen	Darlehen	273,2
Stadtumbau Ost – Aufwertung	Zuschuss	30,7
Stadtumbau Ost – Rückbau, darunter:	Zuschuss	
Rückbau Wohnungen		23,4
Rückführung städtischer Infrastruktur		11,6
Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen	Zuschuss	36,7
Städtebaulicher Denkmalschutz	Zuschuss	54,2
Soziale Stadt	Zuschuss	10,5
Soziale Stadt (Modellvorhaben)	Zuschuss	0,8
Aktive Stadt- und Ortsteilzentren	Zuschuss	4,6
Investiver Schulhausbau	Zuschuss	119,5
Investive Sportstättenförderung	Zuschuss	10,8
Pauschalförderung nach § 11 Abs. 3 SächsKHG	Zuschuss	38,8
Investive Förderung von Einrichtungen der Behindertenhilfe	Zuschuss	16,9
Gesamt		631,7

Wirtschaftsförderung

Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen, ist das grundlegende Ziel der Wirtschaftsförderung.

Im Bereich der Wirtschaftsförderung betrug das Neugeschäftsvolumen 608,2 Mio. € (Vorjahr: 626,9 Mio. €). Wichtigstes Programm der Wirtschaftsförderung ist und bleibt die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA). Das Bewilligungsvolumen lag ca. 10% über dem Volumen des Vorjahres. Einen sichtlichen Rückgang des Neugeschäfts verzeichnete die Bank im

Programm Gründungs- und Wachstumsfinanzierung (GuW). Zu Beginn des Jahres wurden infolge einer Richtlinienänderung die Förderfähigkeit der Heilberufe eingeschränkt und die beihilferechtlichen Vorschriften geändert. Bei Finanzierungen, in denen GuW-Darlehen und GA-Zuschüsse kombiniert werden, entscheiden sich die Kunden in der Regel für eine Maximierung des Zuschusses zulasten des Darlehens. Das Volumen der ausgereichten GuW-Darlehen sank somit im Vergleich zum Vorjahr um 52,7 Mio. €.

Die Technologieförderung als Teil der Wirtschaftsförderung erreichte im Berichtsjahr ein

Neugeschäftsvolumen von 141,8 Mio. €. Die Forschungs- und Entwicklungsförderung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit im Operationellen Programm 2007–2013 ist der wichtigste Bestandteil der Technologie-

förderung. Im Jahr 2008 wurden 117,9 Mio. € bewilligt, wobei auf das Programm FuE-Verbundprojektförderung 93,6 Mio. € und auf das Programm Einzelbetriebliche FuE-Projektförderung 24,3 Mio. € entfielen.

Programm	Förderart	Volumen in Mio. €
Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	Zuschuss	366,4
Mittelstandsförderung (ohne GA-Mittelstand)	Zuschuss	19,3
Gründungs- und Wachstumsfinanzierung*	Darlehen	44,4
Regionales Wachstum	Zuschuss	6,3
Interreg IIIA	Zuschuss	6,2
KfW-Darlehen für MBG Sachsen und SBG	Darlehen	8,2
Rettung und Umstrukturierung von KMU	Darlehen (Freistaat Sachsen)	7,3
Krisenbewältigung und Neustart (Massetdarlehen, Neustartfinanzierung)	Darlehen	0,2
Krisenbewältigung und Neustart (Gutachterzuschuss)	Zuschuss	0,1
Liquiditätshilfedarlehen	Darlehen (zinsverbilligt)	2,6
Sächsischer Consultant Fonds	Darlehen	0,2
Technologieförderung, darunter:		
FuE-Verbundförderung	Zuschuss	93,6
Einzelbetriebliche FuE-Projektförderung	Zuschuss	24,3
Innovationsassistentenförderung	Zuschuss	2,4
Technologietransferförderung	Zuschuss	0,4
Anwendungsorientierte Forschungsprojekt- und Forschungsinfrastrukturförderung	Zuschuss	14,1
BA Sachsen	Zuschuss	1,1
Patentinformationszentren	Zuschuss	0,2
Konsortium CIP – Saxony	Zuschuss	0,2
Gründungsinitiativen	Zuschuss	5,5
Bürgerschaftsprogramm SAB	Bürgerschaft	5,2
Gesamt		608,2

*Der Freistaat bzw. die SAB verbilligt die ohnehin schon günstigen Darlehen der KfW Mittelstandsbank zusätzlich.

Arbeitsmarktförderung

Die SAB führt die vom Freistaat Sachsen übertragenen Programme im Bereich der Arbeitsmarktförderung im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) durch. Die Förderprogramme unterstützen beispielsweise Maßnahmen der betrieblichen und überbetrieblichen Weiterbildung, der Existenzgründung sowie der Einstellung von Arbeitnehmern aus der Arbeitslosigkeit. Zur Unterstützung von Gründungs- und Festigungsvorhaben wird ein Mikrodarlehen angeboten. Das Neugeschäft im Bereich der Arbeitsmarktförderung betrug 250,9 Mio. €. Damit konnte das Niveau des Vorjahres um 99,4 Mio. € gesteigert werden. Der Grund hierfür lag zum einen in der weiterhin kontinuierlich steigenden Projektförderung. Hohe Antragsaufkommen waren vor allem im Bereich der ESF-Richtlinien des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Sächsischen Staatsministeriums für

Umwelt und Landwirtschaft sowie Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zu verzeichnen. Darüber hinaus kam die im Juli 2008 veröffentlichte ESF-Richtlinie aus dem Bereich des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst zur Umsetzung. Zum anderen verzeichnete die SAB ein hohes Antragsaufkommen bei der Förderung von Maßnahmen der beruflichen Erstausbildung. Im Gegensatz dazu setzte sich der im Vergleich zum Vorjahr rückläufige Trend bei den Existenzgründungs- und Einstellungszuschüssen fort. Das ESF-Mikrodarlehen war auch 2008 ein wichtiger Bestandteil der Fördertätigkeit der SAB im Bereich Arbeitsmarktförderung. Eine Neuaufgabe wird im Jahr 2009 erfolgen. Für das im Berichtsjahr durch die Bank übernommene Bundesförderprogramm Kommunal-Kombi (Förderung von Langzeitarbeitslosen) nahm die SAB Auszahlungen zur Finanzierung von ca. 1.650 Arbeitsplätzen vor.

Programm	Förderart	Volumen in Mio. €
ESF-Mikrodarlehen	Darlehen	4,3
Förderperiode 2000–2006	Zuschuss	0,4
Geschäftsbereich SMWA		
Existenzgründer	Zuschuss	3,3
Einstellung Arbeitsloser in Dauerarbeitsverhältnisse	Zuschuss	4,2
Überbetriebliche Lehrunterweisung	Zuschuss	4,3
Ausbildungsplatzprogramm Ost/LEP	Zuschuss	71,4
Ausbildungsplätze	Zuschuss	0,4
Ausbildungsverbund	Zuschuss	5,7
Weiterbildung, Beratung, innovative Projekte	Zuschuss	16,9
Zusatzqualifikation	Zuschuss	0,8
Qualifizierung für Arbeitslose	Zuschuss	43,0
Auslandsaufenthalte sächsischer Auszubildender	Zuschuss	< 0,1
Wiederherstellung der Beschäftigungsfähigkeit	Zuschuss	4,0
Kommunal-Kombi	Zuschuss	18,7
Geschäftsbereich SMK		
Maßnahmen zur Alphabetisierung	Zuschuss	1,3
Berufsorientierung, Verbesserung des Schulerfolgs	Zuschuss	12,1
Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie	Zuschuss	< 0,1
Qualifizierung von Lehrern, Auslandspraktika	Zuschuss	1,9
Zusatzqualifikation für Berufsschüler	Zuschuss	< 0,1

Programm	Förderart	Volumen in Mio. €
Geschäftsbereich SMS		
Berufsbegleitende Qualifizierung	Zuschuss	0,7
Qualifizierungsmaßnahmen Chancengleichheit	Zuschuss	11,4
Personal- und Qualitätssicherung im Sozial- und Gesundheitsbereich	Zuschuss	0,5
Anpassungsfortbildung medizinisches Personal, Projekte für arbeitslose Migranten/Spätaussiedler	Zuschuss	6,6
Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte für Benachteiligte, Integrationsprojekte	Zuschuss	5,9
Lokales Kapital für soziale Zwecke	Zuschuss	1,8
TAURIS	Zuschuss	9,9
Freiwilliges soziales Jahr	Zuschuss	2,4
Freiwilliges ökologisches Jahr	Zuschuss	1,4
Geschäftsbereich SMJ		
Qualifizierung und Eingliederung Strafgefangener	Zuschuss	7,6
Geschäftsbereich SMUL		
Förderung betrieblicher/betriebsnaher Ausbildung in Land- und Forstwirtschaft	Zuschuss	0,6
Weiterbildung ehrenamtlicher und privater Personen in Land- und Forstwirtschaft	Zuschuss	< 0,1
Geschäftsbereich SMWK		
Wissens- und Know-how-Transfer (inkl. staatliche Zuwendungsempfänger)	Zuschuss	3,8
Stärkung der Leistungsfähigkeit von Hochschulen	Zuschuss	5,6
Gesamt		250,9

Umwelt- und Landwirtschaftsförderung
Im Bereich Umwelt und Landwirtschaft fördert der Freistaat Sachsen über die SAB vor allem landwirtschaftliche Unternehmen sowie kommunale Aufgabenträger, Zweckverbände und Eigenbetriebe im Trink- und Abwasserbereich. Neu aufgebaut wurde der Bereich der Förderung von Energieeffizienz- und Klimaschutzmaßnahmen sowie der Finanzierung

erneuerbarer Energien. Zielgruppe sind neben den öffentlichen Kunden auch Unternehmen und Privatpersonen.
Das Neugeschäft betrug im Berichtsjahr 152,3 Mio. € (Vorjahr: 53,6 Mio. €). Mehr als drei Viertel der Darlehenszusagen im Bereich Umwelt und Landwirtschaft entfielen auf Investitionen der Wasserwirtschaft nach der Förderrichtlinie Wasserwirtschaft 2002 – FRW 2002.

Weiterhin wurden erste Darlehen zur Finanzierung der Nutzung erneuerbarer Energien ausgereicht. Im Berichtsjahr bewilligte die SAB im Bereich der Umwelt- und Landwirtschaftsförderung zudem deutlich mehr Fördermittel in Form von Zuschüssen.

Weiterhin wurde die Förderung von Kleinkläranlagen als ein Programmteil der Richtlinie Siedlungswasserwirtschaft mit einem hohen kleinteiligen Antragsaufkommen begonnen. Zudem fungiert die SAB für viele Programme in der Landwirtschaft als Auszahlungsstelle.

Programm	Förderart	Volumen in Mio. €
Umwelt- und Klimaschutz, darunter:		
Wasserwirtschaftliche Maßnahmen (FRW 2002)	Darlehen (zinsverbilligt)	14,6
Siedlungswasserwirtschaft – SWW 2007	Zuschuss	5,8
Klimadarlehen	Darlehen	0,2
Energieeffizienz und Klimaschutz – EuK 2007	Zuschuss	1,4
Landwirtschaft, darunter:		
Sonderprogramm zum Erwerb land- und forstwirtschaftlicher Flächen	Darlehen (zinsverbilligt)	2,5
Darlehen zur Verbilligung von Betriebsmitteln	Darlehen (zinsgünstig)	0,7
Marktstrukturverbesserung – MSV 2007	Zuschuss	2,8
Sonstige Zuschüsse der Land- und Forstwirtschaft	Zuschuss	121,8
Sonstige, darunter:		
WOS – Weltoffenes Sachsen für Toleranz und Demokratie	Zuschuss	1,8
Maßnahmen zur Bewältigung des demographischen Wandels	Zuschuss	0,7
Gesamt		152,3

Beteiligungen

Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – kann sich mittel- oder unmittelbar an wirtschaftlichen Unternehmen beteiligen.

Name	Unternehmensgegenstand	Anteil in %	Anteil nominal in €
SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH (SBG)	Mezzanine-Finanzierung unter anderem durch typisch stille und offene Beteiligungen, nachrangige Darlehen, strategische Managementunterstützung, Kontakte zu Kooperationspartnern/zum Netzwerk	100	110.000
Sächsisches Staatsweingut GmbH (SSW)	Sanierung, Entwicklung und Betrieb des Staatsweingutes Wackerbarth	100	25.000
Businessplan-Wettbewerb Sachsen GmbH (BPWS)	Vorbereitung und Durchführung von Businessplan-Wettbewerben und damit in Zusammenhang stehender Dienstleistungen	100	25.000
Sächsische Energieagentur – SAENA GmbH (SAENA)	Sächsisches Kompetenzzentrum für die Bereiche Energieeffizienz, Einsatz erneuerbarer Energien und Klimaschutz in Sachsen	49	12.250
Bürgschaftsbank Sachsen GmbH (BBS)	Übernahme von Ausfallbürgschaften gegenüber Kreditinstituten und Leasinggesellschaften sowie Garantien gegenüber Beteiligungsgesellschaften für Beteiligungen an Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft	5,84	766.938
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH (MBG)	Erwerb und Verwaltung von typisch stillen und direkten Beteiligungen an kleinen und mittleren Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft aller Wirtschaftszweige und an Existenzgründungen in Sachsen	12,33	1.278.229
Europäischer Investitionsfonds (EIF)	Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen, insbesondere im technologisch innovativen Bereich, über Garantien und Eigenkapitalbeteiligungen	0,17	5.000.000

Die SBG hat seit ihrer Gründung im Jahr 1997 insgesamt 273 Beteiligungen mit einem Volumen von 114,0 Mio. € zugesagt. Das Neugeschäft 2008 entwickelte sich weitestgehend planmäßig. Der positive Trend seit der zweiten Jahreshälfte 2007 konnte somit fortgesetzt werden. Entsprechend hat sich der Beteiligungsbestand der SBG gegenüber dem Vorjahr erhöht. Ertrag, Risiko und Vermögen entwickelten sich stabil und positiv. Auswirkungen der Finanzmarktkrise und der damit einhergehenden rezessiven konjunkturellen Entwicklung waren bis 31.12.2008 nicht zu verzeichnen.

Mit der Beteiligung der SAB an der SSW und

mittelbar an ihren beiden Töchtern, der Wein- und Sektkontor Radebeul GmbH und der Sektkellerei Wackerbarth GmbH, unterstützt die Bank den Freistaat Sachsen bei der Erhaltung der sächsischen Weinkulturlandschaft. Die SSW erzielte im Berichtsjahr ein negatives Ergebnis, das im Vergleich zum Vorjahr jedoch verbessert werden konnte.

Zwischen dem Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit und der SAB wurde bereits im Vorjahr die Vereinbarung über die Durchführung des futureSAX-Wettbewerbs 2008/2009 abgeschlossen. Im Berichtsjahr brachte die BPWS die Verträge zur Durchführung des Lausitzer

Existenzgründerwettbewerbs LEX für die Wettbewerbsjahre 2008 und 2009 zum Abschluss. Die Ertragslage der BPWS ist stabil.

Die SAENA nahm ihre Geschäftstätigkeit im vergangenen Jahr auf. Seither fanden zahlreiche Beratungen und Fachvorträge statt, deren inhaltliche Schwerpunkte in den Themen effiziente Wärmeversorgung von Gebäuden, erneuerbare Energien

und energetische Sanierung lagen. Außerdem arbeitete die SAENA an zahlreichen Projekten mit. Für den Sächsischen Gewerbeenergiepass übernahm sie die fachliche Betreuung und Einführung bei Unternehmen. Es ist der SAENA gelungen, innerhalb kurzer Zeit die Wahrnehmung der Öffentlichkeit zu erlangen. Ihre Angebote und ihr Know-how werden gut in Anspruch genommen.

3. Ertragslage

Die wesentlichen Ertrags- und Aufwandskomponenten haben sich wie folgt entwickelt:

	2008 Mio. €	2007 Mio. €
Zinsüberschuss	96,6	90,9
Provisionsüberschuss	47,4	34,4
Ordentliche Aufwendungen, davon:	72,1	66,2
- Personalaufwendungen	43,1	42,3
- Sachaufwendungen (inkl. Afa)	29,0	23,9
Sonstiges Ergebnis	7,4	2,8
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	79,3	61,9
Neutrales Ergebnis	1,1	3,2
Außerordentliches Ergebnis	0	60,0
Risikovorsorge	42,8	27,1
Bildung von Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB	36,5	97,0
Jahresergebnis	1,1	1,0

Obwohl der Darlehensbestand weiter abnahm, konnte der Zinsüberschuss gesteigert werden. Der Provisionsüberschuss stieg im Wesentlichen aufgrund der Übertragung neuer Programme und infolge von Nachzahlungen für laufende Programme.

Der Personalaufwand lag aufgrund weiterer Aufgabenübertragungen leicht über dem Vorjahresniveau, konnte im Vergleich zum Plan aber gesenkt werden. Der Sachaufwand nahm im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls zu.

Die Position „Sonstiges Ergebnis“ beinhaltet das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften, sonstige

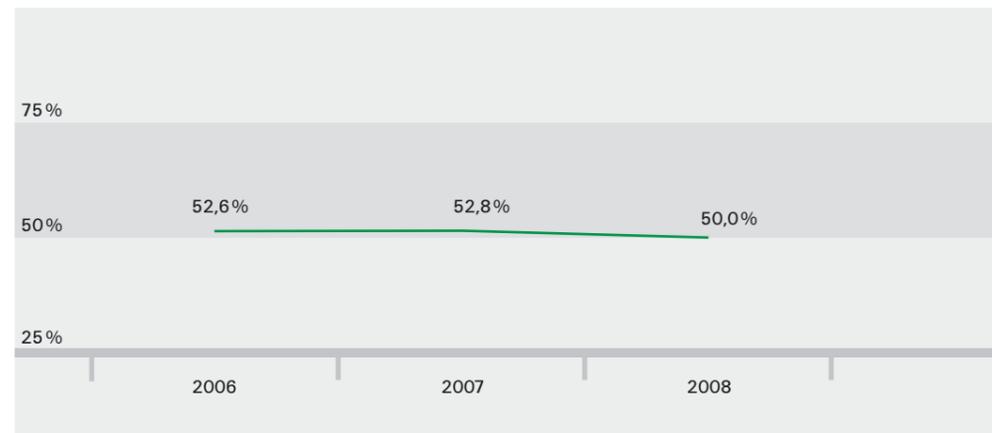
ordentliche Erträge und sonstige Aufwendungen. Die Risikovorsorge betrug 42,8 Mio. €.

Die Zuführung zur Vorsorgereserve für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB resultiert aus dem Betriebsergebnis.

Das Jahresergebnis betrug 1,1 Mio. €. Dieser Jahresüberschuss wird in Höhe von 0,2 Mio. € der satzungsmäßigen Rücklage zugeführt. Der Restbetrag von 0,9 Mio. € wird in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

Die Cost-Income-Ratio, d.h. das Verhältnis der ordentlichen Aufwendungen zum Zins- und Provisionsergebnis, liegt bei 50%.

Entwicklung der Cost-Income-Ratio



4. Finanz- und Vermögenslage

Die Bilanzsumme der SAB belief sich im Berichtsjahr auf 9.120,6 Mio. € (Vorjahr: 10.009,8 Mio. €). Die Verminderung erklärt sich aktivisch mit den um 962,6 Mio. € auf 6.409,3 Mio. € zurückgegangenen Forderungen an Kunden. Auf der Passivseite stand dem im Wesentlichen eine Verringerung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 1.024,7 Mio. € auf 7.684,6 Mio. € gegenüber.

Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich auf 1.201,5 Mio. € (Vorjahr: 1.250,4 Mio. €), davon Darlehen im Hausbankverfahren in Höhe von 335,6 Mio. €. Die SAB hat Wertpapiere im Gesamtvolumen von 1.340,8 Mio. € im Bestand. Die Bank hat 2008 Investitionen in Höhe von 2,7 Mio. € getätigt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 7.684,6 Mio. € setzten sich hauptsächlich aus Refinanzierungsdarlehen bei der Landesbank Baden-Württemberg, Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank –, Kreditanstalt für Wiederaufbau und Europäischen Investitionsbank zusammen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden belaufen sich auf 616,6 Mio. € und resultieren vor allem aus bewilligten, aber noch nicht ausgezahlten Fördermitteln. Der Bestand an ausschließlich zu Sicherungszwecken getätigten Derivatgeschäften betrug zum Stichtag 4.712,0 Mio. €.

Die Derivate werden vornehmlich zur Zinsbuchsteuerung eingesetzt.

Das Stammkapital der Bank beträgt 260,0 Mio. €. Die Schuldscheindarlehen mit Nachrangabrede belaufen sich auf 140,1 Mio. €. Das haftende Eigenkapital bei Anwendung der Meldung nach Solvabilitätsverordnung liegt nach Feststellung des Jahresabschlusses per 31.12.2008 bei 652,7 Mio. €.

Die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage sind geordnet. Die Zahlungsfähigkeit ist jederzeit gegeben. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise haben die Refinanzierungsbedingungen für alle Banken verschlechtert. Die SAB war hiervon aufgrund ihrer Nullgewichtung gemäß Solvabilitätsverordnung allerdings verhältnismäßig gering betroffen.

5. Personalbericht

Am 31.12.2008 beschäftigte die SAB zwei Vorstandsmitglieder und 811 Mitarbeiter (Vorjahr: 768), davon 144 Mitarbeiter mit zeitlich befristeten Arbeitsverträgen (Vorjahr: 136).

115 Mitarbeitern (Vorjahr: 114) ermöglichte die SAB die Arbeit in Teilzeit (ohne Altersteilzeit), um Familie und Beruf besser zu vereinbaren. 42 Mitarbeiter befanden sich zum 31.12.2008 in Mutterschutz, Elternzeit oder sonstigen Freistellungen (Vorjahr: 41). Außerdem waren 24 Mitar-

beiter in der Ruhephase der Altersteilzeit (Vorjahr: 17). Auf Vollbeschäftigteneinheiten umgerechnet, betrug die aktive Personalkapazität am Jahresende 717,6 (Vorjahr: 695,0). Es kamen 97 Leiharbeitnehmer (Vorjahr: 79)

zum Einsatz. Im Geschäftsjahr 2008 wurden von der SAB keine Aushilfen beschäftigt (Vorjahr: 7). Die Personalstruktur der Bank stellte sich zum Stichtag wie folgt dar:

	weibliche Personen	männliche Personen	Gesamt
unter 30 Jahre	65	31	96 (11,8%)
30–39 Jahre	193	86	279 (34,4%)
40–49 Jahre	180	95	275 (33,9%)
50–59 Jahre	101	38	139 (17,2%)
über 60 Jahre	11	11	22 (2,7%)
alle Altersklassen	550	261	811 (100,0%)

Der Anteil der Frauen an der gesamten Zahl der Mitarbeiter beträgt 67,8% (Vorjahr: 67,2%). Der Altersdurchschnitt der Mitarbeiter der SAB lag zum Jahresende bei 40,9 Jahren (Vorjahr: 40,9). Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ergibt sich damit eine Erhöhung um 1,9 Jahre. Im Jahr 2008 stellte die Bank 126 Mitarbeiter neu ein (Vorjahr: 66), 83 Mitarbeiter verließen die SAB (Vorjahr: 48). Die Fluktuationsquote resultiert aus der Befristung von Arbeitsverhältnissen. Bei Neueinstellungen werden bei gleicher Eignung schwerbehinderte Bewerber/-innen bevorzugt berücksichtigt. Dies regelt eine mit dem Personalrat der Bank geschlossene Integrationsvereinbarung. Zum Stichtag beschäftigte die SAB 20 Schwerbehinderte (Vorjahr: 17).

Das im Berichtsjahr weitestgehend abgeschlossene Kostensenkungsprojekt hat sich dämpfend auf die Entwicklung der Personalkosten ausgewirkt. Die SAB setzt dabei auf den flexiblen Einsatz von Arbeitskräften (zeitliche Befristungen, Leiharbeitnehmer), Altersteilzeitregelungen sowie interne Umsetzungen. Betriebsbedingte Kündigungen wurden nicht vorgenommen. Für die Mitarbeiter gelten die Vereinbarungen des Manteltarifvertrages für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken. Es wurden 718 Mit-

arbeiter tariflich (Vorjahr: 678) und 93 Mitarbeiter außertariflich vergütet (Vorjahr: 90). Das Gehaltsgefüge ist so bemessen, dass qualifiziertes Personal gehalten und gefunden wird.

Die tariflich vorgegebene Regelarbeitszeit in der SAB beträgt 39 Stunden pro Woche. Die mit dem Personalrat der Bank abgeschlossene Dienstvereinbarung zur flexiblen Arbeitszeit in der SAB lässt den flexiblen Einsatz der Mitarbeiter entsprechend dem tatsächlichen Arbeitsanfall und ein arbeitnehmerseitiges Zeitmanagement zu.

Im Berichtsjahr hat die Bank mit vier Mitarbeitern (Vorjahr: 13) eine Altersteilzeitvereinbarung geschlossen. Insgesamt 41 Mitarbeiter befanden sich am Jahresende in Altersteilzeit. Die sonstige personalvertretungsrechtliche Abrede zur Altersteilzeit gestaltet den Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand sozialverträglich und nutzt die Altersteilzeit als Instrument der mittel- und langfristigen Personalpolitik.

Im Jahr 2008 nahmen 722 Mitarbeiter (Vorjahr: 559) an 224 externen (Vorjahr: 179) und 81 internen (Vorjahr: 83) Weiterbildungsmaßnahmen teil. Es handelte sich um ein- oder mehrtägige Seminare, Trainings und Workshops mit den inhaltlichen Schwerpunkten Kredit, Verwaltungs-

recht und Informationstechnologie. Insgesamt investierte die Bank 796,8 T€ in die berufliche Förderung ihrer Mitarbeiter.

Die kontinuierliche Weiterentwicklung der Instrumente zum Kapazitäts- und Kostenmanagement führte im Berichtsjahr zu einer Veränderung von Aufgabengebieten und Zuständigkeiten bei einem Teil der Mitarbeiter und Führungskräfte. Insbesondere an die Führungskräfte bestand der Anspruch, sich schnell in die neuen oder zusätzlichen Aufgaben einzuarbeiten. Auch junge Führungskräfte wurden an neue Aufgaben herangeführt. Vor diesem Hintergrund ist die Ausbildung und Unterstützung von Führungsnachwuchskräften, jungen sowie erfahrenen Führungskräften weiterhin von großer Bedeutung. Erneut wurden deshalb Programme und Einzelmaßnahmen durchgeführt, um die Führungskräfte bei der Bewältigung dieser Aufgaben zu unterstützen. Einmal jährlich wird mit allen Beschäftigten ein Mitarbeitergespräch durchgeführt. Mitarbeiter und Führungskräfte bekommen ein Feedback über die Leistungen und die Qualität der Zusammenarbeit. Gleichzeitig können gemeinsame Ziele für die Zukunft, abgeleitet aus den Zielen der Bank und der jeweiligen Organisationseinheit, vereinbart werden.

Im Berichtsjahr gab die SAB fünf Studenten die Möglichkeit, eine praktische Ausbildung in den Fachrichtungen Wirtschaftsinformatik oder Bankwirtschaft im Rahmen ihres betriebswirtschaftlichen Studiums an der Berufsakademie Sachsen aufzunehmen. Insgesamt befanden sich damit am Jahresende 14 Studenten in einem Ausbildungsverhältnis mit der SAB. Im letzten Jahr schlossen fünf Studenten diese Ausbildung ab, von denen drei durch die Bank befristet übernommen wurden. Die praktische Ausbildung der Fachrichtung Bankwirtschaft erfolgt im Verbund mit der Ost-sächsischen Sparkasse.

6. Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres 2007 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung für den Lagebericht eingetreten.

7. Risikobericht

Die SAB ist das landeseigene Förderinstitut des Freistaates Sachsen. Als solches übt die SAB das Bankgeschäft nicht in allen seinen Formen aus. Die Risikostruktur wird vielmehr vom Förderauftrag des Freistaates bestimmt. Deshalb sind die Risiken in Höhe und Struktur gering diversifiziert. Die SAB ist vom Freistaat Sachsen mit Anstaltslast und Gewährträgerhaftung ausgestattet. Außerdem haftet der Freistaat Sachsen für die von der Bank aufgenommenen Darlehen und die von der Bank begebenen Schuldverschreibungen, für die als Festgeschäfte ausgestalteten Termingeschäfte, die Rechte aus Optionen und andere Kredite an die Bank sowie für Kredite, soweit sie von der SAB ausdrücklich gewährleistet werden.

Die SAB ist ein Kreditinstitut im Sinne des § 1 Abs. 1 KWG. Sie unterliegt den bankaufsichtlichen Normen und damit den Anforderungen an ein angemessenes Risikomanagement im Sinne des § 25a Abs. 1 KWG sowie den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Darüber hinaus hat sie handels-, förder- und haushaltsrechtliche Regelungen zu beachten.

7.1 Risikomanagement

Die SAB verfügt über ein Risikomanagement- und -controllingsystem, das fest in die betrieblichen Abläufe integriert ist. Ziel der ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation ist es, wesentliche Risiken frühzeitig zu erkennen, vollständig zu erfassen, in angemessener Weise darzustellen und zu steuern.

Die Risikosteuerungs- und controllingprozesse werden in jährliche (strategische) und unterjährige (operative) Prozesse gegliedert. Zu den strategischen Prozessen zählt neben der Risikoinventur zur Identifizierung und Beurteilung der Risiken die Risikotragfähigkeitskonzeption und die Aufstellung/Überprüfung der Geschäfts- und Risikostrategie. Die operativen Prozesse umfassen die regelmäßige qualitative sowie quantitative Bewertung und (soweit erforderlich) Limitierung der Risiken, die turnusmäßige und die unter Risikogesichtspunkten (ad hoc) erfolgende Be-

richterstattung sowie die Steuerung der Risiken einschließlich der Überwachung von Maßnahmen. Das zentrale Dokument des Risikomanagements der SAB ist das Risikohandbuch. Darüber hinaus gelten weitere Arbeitsanordnungen und Fachhandbücher der im Intranet eingestellten Schriftlich Fixierten Ordnung.

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Steuerung aller Risiken der Bank. Er ist verantwortlich für ein Risikomanagement- und -controllingsystem, das dem Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt der Geschäfte der SAB unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit entspricht. Das schließt die regelmäßige Überprüfung und fortlaufende Weiterentwicklung des Systems ein. Der Vorstand gibt die Ziele, Strategien und interne Kontrollverfahren für das Risikomanagement vor. Grundlage für die Gesamtbanksteuerung ist

die aus der Geschäftsstrategie abgeleitete Risikostrategie. Im Rahmen der Risikostrategie werden alle wesentlichen auf die Bank wirkenden Risiken innerhalb des Bankbetriebes aufgezeigt und Vorgaben zu deren Steuerung und Entwicklung festgelegt.

Der Informationsfluss zwischen dem Vorstand und der zweiten Führungsebene erfolgt im Rahmen eines Risikosteuerungskreises, dem sogenannten Risikoausschuss. In diesem Ausschuss werden regelmäßig vom Vorstand sowie den Leitern der Abteilungen Risikomanagement, Controlling, Treasury, Organisation und Verwaltung und Innenrevision die für die Bank relevanten Risiken analysiert und bewertet.

Risiken können in sämtlichen Unternehmensbereichen auftreten. Die Bestimmung und Analyse der Risikokategorien bezieht sich auf die gesamte Bank und ihr Umfeld.

Risikokategorie	Wesentlichkeit
Adressenausfallrisiken	ja
Marktpreisrisiken	ja
Operationelle Risiken	ja
Geschäftsrisiko	ja
Liquiditätsrisiko	nein
Strategisches Risiko	keine Bewertung
Reputationsrisiko	keine Bewertung

Das Gesamtrisikoprofil der SAB wird im Wesentlichen durch die eingegangenen Kreditrisiken bestimmt. Weitere wesentliche Risiken bestehen im Marktpreisrisiko, im operationellen Risiko sowie im Geschäftsrisiko. Das strategische Risiko und das Reputationsrisiko sind hinsichtlich ihrer quantitativen Risikowirkung nicht eindeutig abgrenzbar, nicht abschätzbar und somit auch nicht limitierbar. Sie fließen vielmehr indirekt über die übrigen Risiken in die Risikobewertung ein. Es ist sichergestellt, dass die wesentlichen

Risiken durch das Risikodeckungspotenzial laufend abgedeckt sind und die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Das Risikodeckungspotenzial setzt sich aus dem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge, offenen Rücklagen sowie dem gezeichneten Kapital und sonstigem Ergänzungs- oder Nachrangkapital zusammen. Die Risikodeckungsmasse wird vor allem durch die Adressenausfallrisiken ausgelastet. Ein Teil wird zur Deckung der Marktpreisrisiken und operationellen Risiken benötigt. Darüber hinaus steht noch Risikodeckungsmasse

für die Abdeckung unerwarteter Verluste zur Verfügung. Die Überwachung der Risikotragfähigkeit erfolgt GuV- und kapitalbezogen. Darüber hinaus besteht eine Bürgschaft des Freistaates Sachsen. Hierbei handelt es sich um die Einräumung eines Bürgschaftsrahmens von ursprünglich 250,0 Mio. €. Dieser war zum 31.12.2008 in Höhe von 154,9 Mio. € mit Engagements belegt (Vorjahr: 170,5 Mio. €). Der Freistaat unterstützt damit die SAB, da die Konzentration des Adressenausfallrisikos im Kreditportfolio auf die sächsische Wohnungswirtschaft überwiegend aus der Umsetzung des Förderauftrages resultiert.

Die Risikotragfähigkeit der SAB ist gegeben. Bei der GuV-Betrachtung wurde das Jahresergebnis 2008 nur teilweise durch die prognostizierte Risikovorsorge der SAB belegt. Kapitalbezogen liegt die Eigenkapitalquote nennenswert über der aufsichtsrechtlich geforderten Größe von 8%.

7.2 Risikoarten

Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko beschreibt die Gefahr der Nichteinhaltung von Zahlungsverpflichtungen durch einen Kreditnehmer, Emittenten oder Kontrahenten innerhalb der vorgegebenen Frist.

Es umfasst das Kredit-, das Emittenten-, das Kontrahenten-, das Beteiligungs-, das Struktur- und das Länderrisiko.

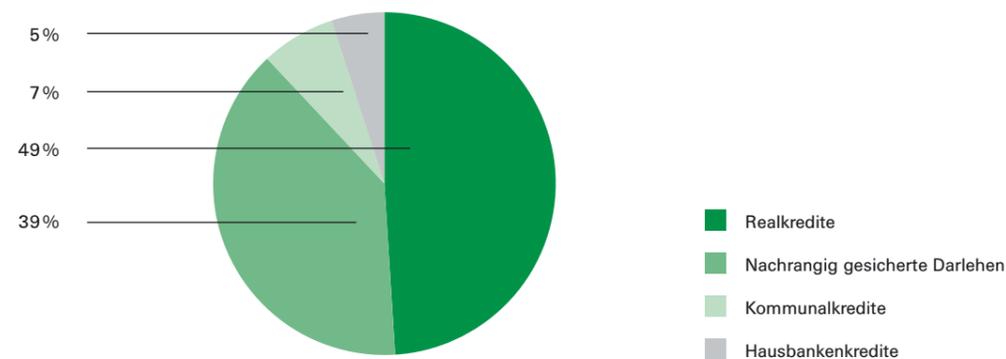
Kreditrisiko ist das Risiko, dass Vertragspartner ihren Zahlungsverpflichtungen hinsichtlich der Höhe bzw. des Zeitpunktes nicht oder nur teilweise nachkommen.

Das Kreditgeschäft der SAB basiert auf der Risikostrategie. Diese wird einmal jährlich überprüft und vom Vorstand beschlossen. Der Vorstand und der Verwaltungsrat erhalten vierteljährlich einen Risikobericht, um die Risikostruktur und die Entwicklung des Kreditportfolios überwachen zu können.

Die Risikostrategie orientiert sich an den Förderbereichen der Bank und umfasst mindestens die Aspekte Volumen und Qualität. Weitere Kriterien können – je nach Förderbereich – die regionale Verteilung, die Branchenverteilung oder die Größenklassenverteilung sein. Die Risikostrategie umfasst auch das Treasury- und das Beteiligungsportfolio. Grundlage für die Risikostrategie bilden der Jahresabschluss, die Planungen der Bank sowie sonstige geschäftspolitische Analysen.

Die Kreditqualität ist maßgeblich von den zugrunde liegenden Förderprogrammen geprägt. Das Kreditportfolio besteht im Wesentlichen aus Realkrediten (49%) und grundbuchlich nachrangig gesicherten Darlehen (39%).

Kreditqualität des Gesamtportfolios



Die Adressenausfallrisiken werden in Risikoklassifizierungsverfahren erfasst und hinsichtlich Volumen und Qualität bewertet. Je nach Förderbereich werden außerdem die Verteilung nach Regionen, Branchen und Größenklassen einbezogen. So fließt beispielsweise eine regionalisierte Wohnungsmarktanalyse in die Beurteilung von Wohnungsbauengagements ein. Die Bank hat 97,9% ihrer Förderkredite nach Adressenausfallrisiken klassifiziert. Dies beinhaltet die vollständige Risikoklassifizierung der Teilportfolien der Wohnungsbauförderung, der Kommunalkredite sowie der Hausbanken. Zum Zwecke der portfolioübergreifenden Vergleichbarkeit der Adressenausfallrisiken werden die internen Risikoklassen an eine einheitliche Skala angepasst, die sich an der IFD-Skala (IFD – Initiative Finanzstandort Deutschland) orientiert. In die Risikoklassen 1 und 2 werden 59% des Förderportfolios eingeordnet. In den schlechtesten Klassen 7 und 8 befinden sich 13%, Tendenz sinkend.

Die Steuerung der Adressenausfallrisiken erfolgt einzel- und gesamtgeschäftsbezogen. Einzelgeschäftsbezogen bedeutet, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers sowie der Wert der Sicherheiten turnusmäßig und gegebenenfalls anlassbezogen überwacht und ausgewertet werden. Das Vorgehen entspricht den Geschäftsprozessen der SAB. Die gesamtgeschäftsbezogene Steuerung stellt auf die Instrumente zur Beobachtung und aktiven Einflussnahme auf Teilportfolien und das gesamte Kreditportfolio ab. Die Einbeziehung der Adressenausfallrisiken erfolgt GuV-bezogen anhand der unterjährigen Entwicklung der Einzelwertberichtigungen sowie der Risikovorsorgeplanung. Die SAB unterscheidet die Teilkreditportfolien Wohnungsbau (Selbstnutzer, Mietwohnungsbau – organisierte Wohnungswirtschaft und Mietwohnungsbau – private Vermieter), Umwelt- und Landwirtschaft, Infrastruktur und Städtebau

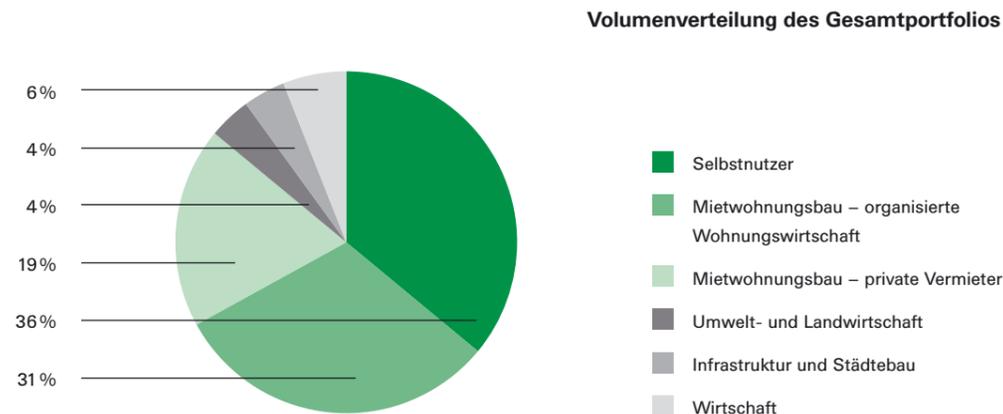
sowie Wirtschaft. Die Kundenstruktur ergibt sich aus der Zuweisung von Förderaufgaben an die SAB. Jedes risikorelevante Teilportfolio wird über spezifische Rating- und Scoringssysteme bewertet, überwacht und gesteuert. Diese Risikoklassifizierungssysteme werden regelmäßig im Rahmen von Backtestings überprüft.

Zur Risikofrüherkennung werden diese Risikoklassifizierungsverfahren mit kontenbezogenen Negativmerkmalen sowie Ausfallprognosen und Portfolioanalysen verzahnt. Zur speziellen unterjährigen Steuerung und Quantifizierung der Adressenausfallrisiken wird außerdem ein Risikovorsorgeprognosesystem angewandt. Das gesamte Kreditrisikoüberwachungs- und -steuerungsinstrumentarium fließt in ein Berichtswesen ein, das die dem Kreditportfolio immanenten Risiken transparent macht.

Die Erkenntnisse aus der Risikofrüherkennung werden für das Risikovorsorgeprognosesystem genutzt. Basierend auf den Erfahrungen der letzten Jahre, den Ausfallprognosen sowie der unterjährigen Entwicklung der Risikovorsorge erstellt die SAB eine Prognose der notwendigen Risikovorsorge.

Aufgrund ihres Förderauftrages und einer förderbedingten Konzentration auf das Immobiliengeschäft bestehen bei der SAB Klumpenrisiken. Diesem Umstand trägt die SAB durch besondere Beobachtung des sächsischen Wohnungsmarktes Rechnung.

Das Volumen des Kreditportfolios geht seit 2005, insbesondere im Teilportfolio Wohnungsbau – Selbstnutzer – nach Auslaufen der Zinsbindungsfrist, deutlich zurück. Die Forderungen aus dem Fördergeschäft betragen 6.247,0 Mio. €. Annähernd die Hälfte des Kreditportfolios besteht aus Krediten unter 0,5 Mio. €. Nennenswert ist auch der Anteil der Kredite über 5,0 Mio. € mit 41%. Die ausgereichten Darlehen dienen insbesondere der Investitionsförderung.



Das Teilportfolio Selbstnutzer ist mit einem Volumen von 2.272,0 Mio. € das größte Teilportfolio der SAB. Es umfasst 36% des gesamten Kreditportfolios und verteilt sich auf ca. 25.200 Privatkunden. Das Teilportfolio Selbstnutzer ist angesichts seines hohen Umfangs risikorelevant. Die Kreditrisikorelevanz einzelner Engagements ist jedoch durch die hohe Granularität gering. Die Zusammensetzung des Portfolios hat sich im Berichtsjahr leicht verschlechtert, da Kunden guter Bonität vermehrt ihre Darlehen ablösen. Zudem wurden Sondertilgungen zum Ablauf der Zinsbindungsfrist vorgenommen. Erkennbare Risiken in diesem Teilportfolio sind durch Einzelwertberichtigungen oder Pauschalwertberichtigungen abgedeckt.

Das Teilportfolio Mietwohnungsbau – organisierte Wohnungswirtschaft beinhaltet Kredite an Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften auf dem Gebiet des Freistaates Sachsen. Die Kredite wurden zum Zweck des Neu-, Um- und Ausbaues oder der Modernisierung von Mietwohnungen im Freistaat Sachsen im Rahmen der jeweiligen Förderprogramme vergeben. Das Teilportfolio steht bezüglich seines Volumens von 1.904,0 Mio. € an zweiter Stelle. Es ist insbesondere aufgrund seiner Größe, der vergleichsweise hohen Obligos bei einzelnen Kreditnehmern sowie der schwierigen Marktbedingungen, unter denen diese Kreditnehmer tätig sind, für die Bank kreditrisikorelevant.

Die organisierte Wohnungswirtschaft in Sachsen verfügt über einen Wohnungsbestand von ca. 606.000 Wohnungen. Dies entspricht in etwa 40% des Bestandes an Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. Etwa die Hälfte der Wohnungsunternehmen nimmt aktiv am Stadtumbauprozess teil. Der Rückbau vollzieht sich fast ausschließlich im Bereich dieser Unternehmen. Durch den konsequenten Rückbau der Wohnungsbestände sächsischer Wohnungsunternehmen verringerte sich deren Leerstand auf aktuell durchschnittlich 14% (2002: ca. 20%). Dies entspricht einem Bestand von 83.000 Wohneinheiten und steht für ca. ein Viertel des Gesamtleerstandes. Insbesondere bei den am Rückbau beteiligten Unternehmen hat sich die wirtschaftliche Situation durch den Wegfall leerstandsbedingter Kosten sowie der Altschuldenentlastung stabilisiert. Die organisierte Wohnungswirtschaft ist durch die erfolgten aufwandsseitigen Anpassungsmaßnahmen wirtschaftlich stabiler als noch vor wenigen Jahren. Erkennbaren Risiken wurde über Einzelwertberichtigungen oder die Belegung des Bürgschaftsrahmens des Freistaates Sachsen Rechnung getragen.

Das Teilportfolio Mietwohnungsbau – private Vermieter umfasst ein Volumen von 1.186,0 Mio. €. Bei den ca. 3.000 Kreditnehmern überwiegen die privaten Investoren. Dieses Portfolio ist aufgrund seines Umfangs, des betriebenen Individualge-

schäfts sowie der schwierigen Marktbedingungen für die finanzierten (Sicherungs-)Objekte risikorelevant. Anders als die organisierte Wohnungswirtschaft wirken die privaten Investoren bislang kaum am Stadtumbauprozess mit.

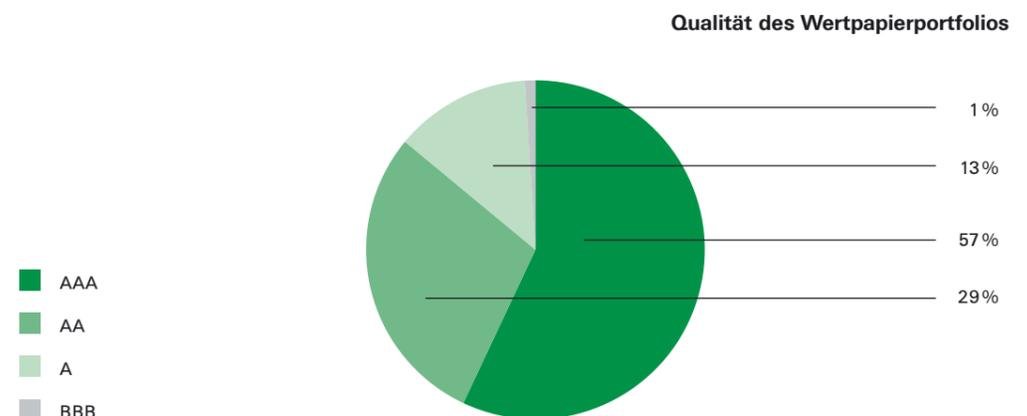
Insgesamt stieg die Risikokonzentration der Teilportfolios Wohnungsbau aufgrund des Abschmelzens des Teilportfolios Selbstnutzer. Das Teilportfolio Umwelt und Landwirtschaft beinhaltet Förderdarlehen an die sächsische Landwirtschaft überwiegend im Hausbankenverfahren sowie Kommunal- bzw. kommunalähnliche Kredite in Höhe von insgesamt 254,0 Mio. €. Das gesamte Teilportfolio ist nach Art, Umfang, Komplexität als nicht risikorelevant einzustufen. Das Teilportfolio Infrastruktur und Städtebau ist aufgrund seines Kreditgehalts nicht risikorelevant. Die Forderungen aus dem Bereich Infrastruktur und Städtebau betragen im Berichtsjahr 238,0 Mio. €.

Das Teilportfolio Wirtschaft beinhaltet Förderdarlehen sowie Bürgschaften im Eigenobligo der Bank an Unternehmen der sächsischen Wirtschaft in Höhe von 393,0 Mio. € im Hausbankenverfahren. Der Bereich des Teilportfolios Wirtschaft, der die Zielgruppe der Förderprogramme Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen, Krisenbewältigung und Neustart, Liquiditätshilfedarlehen der gewerblichen Wirtschaft und das Programm zur Rettung und Umstrukturierung von kleinen und mittleren Unternehmen repräsentiert,

ist hinsichtlich seiner Größe von eher untergeordneter Bedeutung. Die Risiken sind durch Einzelwertberichtigungen abgedeckt.

Das Treasury der SAB umfasst Wertpapiergeschäfte, Geschäfte in Derivaten, Geldmarkt- und Devisengeschäfte. Die Risikostrategie für das Teilportfolio Treasury stellt den strategischen Rahmen dar. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung an den Finanzmärkten sind und werden ergänzend operative Festlegungen getroffen. Es werden ausschließlich fest- und variabelverzinsliche Euro-Wertpapiere erworben, wobei Zinsrisiken grundsätzlich abgesichert werden. Der Kauf von strukturierten Wertpapieren ist ausgeschlossen.

Das Wertpapiergeschäft der Bank dient dem Aufbau langfristiger Aktiva mit guter Kreditqualität, verbunden mit einer Risikodiversifikation des vorhandenen Kreditportfolios sowie einer nachhaltigen Stärkung der Ertragskraft. Dem Erwerb von Wertpapieren in den Anlagebestand liegt dabei der „Buy and Hold“-Ansatz zugrunde, der den Status der SAB als Nicht-handelsbuchinstitut bestätigt und eine Bilanzierung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip ermöglicht. Das Treasury der SAB verfolgt eine konservative Anlagestrategie. 57% des Wertpapierportfolios sind mit AAA-Adressen (inklusive Schuldscheindarlehen gegenüber dem Freistaat Sachsen) und weitere 29% mit AA-Adressen belegt.



Voraussetzung für Anlageentscheidungen sind Mindestratings der Ratingagenturen Standard & Poors, Moody's oder Fitch. Aufgrund der Finanzmarktkrise ist die Verlässlichkeit dieser Angaben nicht uneingeschränkt gesichert. Einer Anlageentscheidung werden zusätzlich eigene Erkenntnisse zugrunde gelegt. Konkret erfolgt eine eingehende Analyse der Bonität des Schuldners, der relevanten Märkte und der Art und Struktur des Finanzproduktes.

Im Bestand der SAB befanden sich zu keinem Zeitpunkt strukturierte Produkte, wie ABS-Papiere, verbriefte Subprime-Kredite oder synthetische Forderungen. Für Risiken im Wertpapierbestand wurde ein Betrag von 75,0 Mio. € vorsorglich mit Eigenmitteln unterlegt.

Kontrahentenrisiko ist das Risiko, dass durch den Ausfall eines Vertragspartners ein unrealisierter Gewinn aus schwebenden Geschäften nicht mehr vereinnahmt werden kann. Dieses Risiko wird als nicht wesentlich eingeschätzt. Die Kontrahenten der SAB müssen grundsätzlich ein Mindestrating von AA aufweisen.

Länderrisiko kann ein Kredit- oder Kontrahentenrisiko sein, welches nicht durch den Vertragspartner selbst, sondern aufgrund seines Sitzes im Ausland besteht. Wirtschaftliche oder politische Einflussnahme des Landes beeinflussen die Zahlung des zahlungsfähigen Vertragspartners. Da sich die Tätigkeit der SAB auf Sachsen beschränkt, ist das Länderrisiko innerhalb des Kreditrisikos kaum relevant. Es bestehen vereinzelte Wohnraumfinanzierungskredite an ausländische Kreditnehmer.

Der Erwerb ausländischer Anleihen ist beschränkt.

Gemäß den Rahmenbedingungen für das Betreiben von Handelsgeschäften der SAB handelt es sich vornehmlich um Risiken aus EWWU-Teilnehmerländern.

Eine Länderrisikovorsorge ist derzeit nicht notwendig.

Das Beteiligungsrisiko beschreibt die Gefahr potenzieller Wertverluste aufgrund von Dividendenausfällen, Abschreibungen, Reservenrückgängen oder Veräußerungsverlusten. Das Risiko wird als nicht wesentlich eingeschätzt. Die SAB geht Beteiligungen ausschließlich aus strategischen

Erwägungen im Rahmen des Förderauftrages ein. Das Beteiligungscontrolling erfolgt in der Abteilung Stab und Recht.

Marktpreisrisiken

Das Marktpreisrisiko ist die Gefahr der Vermögenswertminderung aufgrund sich verändernder preisbildender Parameter, beispielsweise:

- ▶ Zinsen,
- ▶ Aktien,
- ▶ Währungen.

Das Zinsänderungsrisiko beschreibt die Schwankungen des Zinsüberschusses und Bewertungsergebnisses im Wertpapiergeschäft wegen der Veränderlichkeit der Zinsstrukturkurven. Dieses Risiko wird durch die SAB als wesentlich eingeschätzt. Refinanzierungen erfolgen weitestgehend fristenkongruent. Die SAB betreibt eine benchmarkorientierte Zinsbuchsteuerung. Die Überwachung des Zinsänderungsrisikos erfolgt auf Basis eines Varianz-Kovarianz-Modells. Zudem wird die Auswirkung eines standardisierten Zinsschocks auf den Barwert des Zinsbuches ermittelt.

Die bei der Bank bestehenden Risiken resultieren ausschließlich aus dem zinstragenden Geschäft. Die Bank setzt zur Steuerung auch Derivate ein. Sämtliche Derivategeschäfte wurden zu Sicherungszwecken abgeschlossen. Die Messung des Zinsrisikos erfolgt sowohl barwertig über einen Value-at-Risk-Ansatz als auch GuV-orientiert. Die SAB hat keine Aktienrisiken. Die Beteiligung mit fünf Aktien am Europäischen Investitionsfonds (EIF) wurde wegen des strategischen Charakters dieses Aktienbesitzes unter das Beteiligungsrisiko gefasst.

Währungsforderungen und -verbindlichkeiten werden täglich zum aktuellen Kurs bewertet. Fremdwährungsgeschäfte werden grundsätzlich über Gegengeschäfte vollständig gesichert.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit durch einen unerwarteten Abfluss von Zahlungsmitteln oder fehlende Möglichkeiten der Zahlungsmittelbeschaffung. Zu den Liquiditätsrisiken gehören das Risiko unzureichender Markt-

liquidität und das Liquiditätsrisiko des Kreditinstituts, welches die Gefahr beschreibt, dass die Bank ihren Zahlungsverpflichtungen betrags- und/oder fristgerecht nur mit einem erhöhten Refinanzierungsaufwand (Anstieg der Refinanzierungsspreads) nachkommen kann, bis hin zur Gefahr der Zahlungsunfähigkeit.

Liquiditätsrisiken wurden als unwesentlich eingestuft. Sie bestehen aufgrund der guten Bonität der SAB vor dem Hintergrund der Anstaltslast und Gewährträgerhaftung in nur sehr geringem Umfang. Die SAB profitiert von dem sehr guten Rating des Freistaates Sachsen.

Das Risiko der unzureichenden Marktliquidität wird als gering eingeschätzt. Die SAB betreibt kein Eigenhandelsgeschäft, sie ist Nichthandelsbuchinstitut gemäß § 2 Abs. 11 KWG.

Auch das Risiko, den Zahlungsverpflichtungen aufgrund fehlender liquider Mittel nicht betrags- oder fristgerecht nachkommen zu können, wird als sehr gering eingeschätzt. Die SAB ist aufgrund der Anstaltslast und Gewährträgerhaftung sowie der Garantie des Freistaates am Interbankenmarkt ein verlässlicher Partner. Der SAB werden von ihren Partnern Limite eingeräumt, über die auch Liquiditätsschwankungen ausgeglichen werden können. Die Steuerung der Liquidität erfolgt über das Treasury, das täglich eine Liquiditätsübersicht erstellt. Entlastend wirkt, dass die SAB kein Einlagengeschäft betreibt.

Die aufsichtsrechtlichen Regelungen zur Risikobegrenzung wurden sowohl quantitativ als auch qualitativ eingehalten. Dies gilt auch für die Einhaltung der Liquiditätsverordnung.

Die Liquiditätskennziffer bewegte sich im Berichtsjahr zwischen 1,64 und 7,91 (Vorjahr: 2,01 und 3,51). Die Überwachung obliegt dem Rechnungswesen der SAB.

Die Berichterstattung über Liquiditätsrisiken erfolgt im Rahmen der Sitzungen des Risikoausschusses. Die Liquiditätsrisiken gehen aufgrund ihres geringen Umfangs nicht in die Risikotragfähigkeitsberichterstattung ein.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des

Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Das rechtliche Risiko ist in dieser Definition eingeschlossen. Strategische und Reputationsrisiken werden nicht betrachtet.

Die operationellen Risiken werden als wesentlich eingeschätzt. Die Abteilung Controlling erfasst, analysiert, systematisiert und bewertet eingetretene Risiken bankweit in einer Schadensfalldatenbank. Entscheidungen über Maßnahmen zur Risikosteuerung trifft der Vorstand, die Überwachung obliegt dem Controlling.

Die SAB verfügt über eine umfassende Notfallplanung. Der Parallelbetrieb mehrerer Rechenzentren gewährt die IT-Sicherheit. Des Weiteren existieren diverse Kontrollmechanismen, Dokumentationspflichten, Standardisierungen, Zugangsbeschränkungen sowie Versicherungen zu verschiedenen Aspekten.

8. Prognosebericht

Wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen

Das ifo Institut für Wirtschaftsforschung geht davon aus, dass die deutsche Wirtschaft aufgrund ihrer hohen außenwirtschaftlichen Verflechtung in besonderem Maße den konjunkturellen Abschwung spüren wird, der durch die weltweite Finanzkrise ausgelöst wurde. Das reale BIP in Deutschland wird voraussichtlich um 2,3% abnehmen.

Die sächsische Wirtschaft dürfte, korrespondierend zur gesamtdeutschen Entwicklung, 2009 eine Rezession durchlaufen. Es ist damit zu rechnen, dass das reale BIP im Freistaat um 2,1% abnehmen wird. Das ifo Institut erwartet insbesondere für das verarbeitende Gewerbe aufgrund seiner Spezialisierung auf die Investitionsgüterproduktion eine schwache Entwicklung, die sich auch auf andere industrienahere Bereiche auswirken wird. In diesem Zusammenhang sind die produktionsnahen Segmente des Handels und der Verkehrssektors zu nennen. Für das sächsische Baugewerbe liegen ebenfalls eingetübte Konjunkturaussichten vor, wenn auch mit einem

weniger negativen Trend. Die Bruttowertschöpfung des Baugewerbes wird voraussichtlich um 0,5% sinken. In den übrigen Wirtschaftsbereichen wird ebenfalls ein zum Teil deutlicher Rückgang der Bruttowertschöpfung erwartet. Die Entspannung am Arbeitsmarkt wird im Jahr 2009 nicht anhalten. Die Zahl der erwerbstätigen Personen in Sachsen nimmt voraussichtlich um 1% ab.

Der Freistaat Sachsen steckt im gleichen demographischen Dilemma wie Deutschland insgesamt: Es werden zu wenige Kinder geboren, um das Bestandserhaltungsniveau der Bevölkerung nachhaltig zu sichern. Verbunden mit den anhaltenden Abwanderungen führt dies zu einem fortschreitenden Rückgang der Einwohnerzahl. Gemäß der 4. regionalisierten Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes wird die sächsische Bevölkerung bis zum Jahr 2020 voraussichtlich zwischen 6,0% und 9,3% schrumpfen.

Ab dem Jahr 2010 ist mit hoher Wahrscheinlichkeit mit einer zweiten Leerstandswelle im Wohnungsmarkt zu rechnen. Die Schere zwischen Angebot und Nachfrage am sächsischen Wohnungsmarkt wird sich aufgrund des Nachrückens der geburtenschwachen Nachwendegeneration wieder öffnen. Nach den Prognosen des Statistischen Landesamtes, die sich mit den Aussagen einer Studie des Leibniz-Institutes für ökologische Raumentwicklung in Dresden zum Potenzial der Ersthochschüler auf dem ostdeutschen Wohnungsmarkt decken, wird die Gruppe der 18- bis unter 30-Jährigen bis zum Jahre 2015 aufgrund des Nachwendegeburtenschocks auf fast die Hälfte des Niveaus der vergangenen Jahre absinken.

Selbst mit einer Weiterführung des geförderten Rückbaus auf bisherigem Niveau kann die bislang erreichte Leerstandsquote bestenfalls gehalten werden.

Fördertätigkeit

Es ist das Ziel der SAB, ihre Stellung als zentrales Förderinstitut sowie als Dienstleister des Freistaates

Sachsen weiter zu festigen. Dies soll durch eine effiziente Abwicklung der Förderprogramme sowie hohe Flexibilität in der Lösung unvorhergesehener Probleme erreicht werden. Das Neugeschäft der Bank dürfte gegenüber dem Berichtsjahr um voraussichtlich rund 100,0 Mio. € zunehmen. Als Dienstleister kann die SAB die aus ihrer Geschäftstätigkeit gewonnenen spezifischen Kompetenzen und Erfahrungen einbringen. In ihrer Geschäftsentwicklung ist die Bank von der Haushaltsfestsetzung des Freistaates Sachsen abhängig. Vorgesehen ist, dass die SAB außerdem bei der Abwicklung des Konjunkturpaketes II eine zentrale Rolle spielen soll. Demographen, Statistiker und Wohnungsmarktbeobachter gehen davon aus, dass in den nächsten Jahren entscheidende Entwicklungen im Wohnungs- und Stadtumbau in den neuen Bundesländern eintreten werden. Experten erachten es angesichts der erwarteten demographischen Entwicklung in den neuen Bundesländern als notwendig, dass zusätzlich zu den im Förderzeitraum 2002 bis 2009 geförderten 350.000 Wohnungsabrissen nach 2010 der Rückbau weiterer 200.000 bis 250.000 Wohnungen im Rahmen eines Anschlussprogramms Stadtumbau Ost II durch Finanzhilfen des Bundes und der Länder bis 2016 finanziell flankiert wird. Die SAB hat bisher den gesamten Prozess des Stadtumbaus durch die Finanzierung des Rückbaus und durch die Sicherstellung der Liquidität der Wohnungswirtschaft begleitet und würde dies auch über das Jahr 2009 hinaus tun. Der Erfolg des Stadtumbauprozesses hängt aber nicht nur von den Aktivitäten der organisierten Wohnungswirtschaft ab, sondern auch davon, inwieweit es gelingt, private Investoren einzubinden. Die Bank möchte in der Wohnungsbaufinanzierung Neugeschäft generieren und gleichzeitig die Portfolioqualität verbessern bzw. mindestens beibehalten. Im Jahr 2009 stehen wiederum größere Teile des Darlehensbestandes zur Zinsanpassung an. Ziel ist es, den Trend des Abschmelzens des vorhandenen Darlehensbestandes zu verlangsamen. Damit ließe sich ein signifikanter Beitrag zur Sicherung der Ertragskraft leisten.

Im Bereich Infrastruktur und Städtebau wird die SAB vor allem dem Ausbau des Kreditgeschäfts

mit juristischen Personen des öffentlichen Rechts, insbesondere bei der Infrastrukturfinanzierung, ein größeres Augenmerk schenken. Die Zuschussförderung aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und die Technologieförderung bleiben noch auf lange Sicht die wichtigsten Instrumente im Bereich der Wirtschaftsförderung. Ein zentrales Ziel der SAB im Jahr 2009 wird zudem die Sicherung der Kreditversorgung der gewerblichen Wirtschaft, des Handwerks und der freien Berufe im Freistaat Sachsen vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise sein.

Im Bereich Umwelt- und Landwirtschaftsförderung soll die Förderung von erneuerbaren Energien sowie Energieeffizienzmaßnahmen ausgebaut werden. Zur Umsetzung der Abwasserstrategie des Freistaates Sachsen bis 2015 wird die SAB überwiegend Investitionsvorhaben zur Abwasserbeseitigung im ländlichen Raum fördern.

Weiteren Einfluss auf die Fördertätigkeit der SAB haben vor allem die steigende Bedeutung von Energieeffizienzmaßnahmen, die Aus- und Weiterbildungsförderung und die Auswirkungen des demographischen Wandels. In diesen Bereichen sieht die SAB die Möglichkeit, den Umfang ihrer Fördertätigkeit zu erweitern. Vor dem Hintergrund mittelfristig zurückgehender Fördermittel und der Jährlichkeitsproblematik von Haushaltsmitteln engagiert sich die Bank zudem für die verstärkte Anwendung ressourcenschonender neuer Förderinstrumente, beispielsweise revolvingender Fonds.

Das mehrfache Zirkulieren der Fördermittel, die zeitliche Unabhängigkeit, beispielsweise von EU-Strukturfondsperioden, eine verbesserte Zuweisung der Fördermittel sowie eine deutlich vereinfachte Steuerung und Umsetzung von Fördermaßnahmen könnten hierdurch erreicht werden. Der Sächsische Landtag beschloss am 11. Dezember 2008 mit Artikel 4 des Haushaltsbegleitgesetzes die Errichtung von insgesamt zehn Fonds als nicht rechtsfähige Sondervermögen mit eigener Wirtschafts- und Rechnungsführung.

Ertrags- und Finanzlage

Die Erlösplanung berücksichtigt nur Programme, für die bereits ein Auftrag des Freistaates Sachsen vorliegt oder kurz vor dem Abschluss steht. Die Wirtschaftsplanung sieht bis zum Jahr 2013 einen leichten Anstieg der Zinsüberschüsse vor, der auf einen geringfügigen Ausbau des Darlehensneugeschäftes und verbesserte Margen bei der Zinsanpassung zurückzuführen ist. Die Provisionsüberschüsse werden sich im Gegensatz dazu mittelfristig leicht rückläufig entwickeln. Das im Jahr 2008 weitestgehend abgeschlossene Kostensenkungsprogramm soll nachhaltig zu einer verbesserten Effizienz bei der Durchführung der Förderprogramme beitragen. Die entstehenden Vorteile will die SAB nutzen, um neue Aufgaben zu übernehmen, bestehende Produkte zu angemessenen Konditionen anzubieten und um eine verbesserte Kundenbetreuung zu gewährleisten.

Planung 2009	Mio. €
Zinsüberschuss	92,1
Provisionsüberschuss	49,3
Ordentliche Aufwendungen	71,4
- Personalaufwendungen	45,6
- Sachaufwendungen (inkl. Afa)	25,8
Sonstiges Ergebnis	2,1
Jahresergebnis	72,1

Die Finanzmarktkrise wird auch im Jahr 2009 Auswirkungen auf die Refinanzierungsmöglichkeiten und Anlageentscheidungen aller Banken haben. Die Förderinstitute, und somit auch die SAB, werden sich diesen Einflüssen nicht entziehen können.

Die SAB wird ihre Anlagestrategie „Sicherheit geht vor Ertrag“ weiterführen. Dem Erwerb von Wertpapieren in den Anlagebestand liegt dabei der „Buy and Hold“-Ansatz zugrunde, der den Status der SAB als Nichthandelsbuchinstitut bestätigt und eine Bilanzierung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip ermöglicht. Es werden ausschließlich fest- und variabelverzinsliche Euro-Wertpapiere erworben, wobei Zinsrisiken grundsätzlich abgesichert werden. Der Kauf von strukturierten Wertpapieren ist ausgeschlossen. Neben der Voraussetzung eines Mindestratings von einfach A der Ratingagenturen Standard & Poors, Moody's oder Fitch

Dresden, 9. März 2009

Stefan Weber
Gerd Pohland

erfolgen Anlagen nur nach eingehender Analyse der Bonität des Schuldners, der relevanten Märkte und der Art und Struktur des Finanzproduktes. Instrumente, bei denen die Risiken nicht hinreichend beurteilt werden können, dürfen nicht erworben werden.

Die Geschäftsleitung erwartet, dass das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge mittelfristig oberhalb einer Grenze von 60,0 Mio. € liegen wird.

Wir danken unseren Mitarbeitern für die geleistete gute Arbeit und die hohe Einsatzbereitschaft, insbesondere für die besonderen Anstrengungen in Verbindung mit der Erarbeitung und Umsetzung des Kostensenkungsprogramms. Des Weiteren gilt unser Dank dem Personalrat für eine pragmatische und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Unseren Kunden und Partnern danken wir für das entgegengebrachte Vertrauen und die gute Zusammenarbeit.

Im Rahmen seiner satzungsmäßigen Aufgaben hat der Verwaltungsrat insbesondere die Tätigkeit der Geschäftsführung überwacht. Der Vorstand hat den Verwaltungsrat und seine Mitglieder im mündlichen und schriftlichen Kontakt laufend über die wesentlichen Vorgänge der Bank informiert.

Der Verwaltungsrat trat am 7. April 2008, 4. Juli 2008, 6. Oktober 2008 und 15. Dezember 2008 zu ordentlichen Sitzungen zusammen.

Im Kreditausschuss des Verwaltungsrates wurden Beschlüsse über Organkredite sowie über weitere in seine Zuständigkeit fallende Kreditengagements getroffen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2008 wurden durch die zum Abschlussprüfer bestellte PwC PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Dem Verwaltungsrat wurden der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Prüfungsbericht durch den Vorstand vorgelegt. Nach eigener Prüfung der Vorlagen stimmt der Verwaltungsrat dem Jahresabschluss und dem Ergebnis der Abschlussprüfung zu.

Der Verwaltungsrat beschließt, den Jahresüberschuss von 1.125 T€ zu 20% (= 225 T€) der satzungsmäßigen Rücklage zuzuführen und den Restbetrag von 80% (= 900 T€) in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen.

Der Verwaltungsrat
Prof. Dr. Georg Unland
Vorsitzender

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2008

Aktiva

Aktiva	€	€	Vorjahr	T€
1. Barreserve				
a) Kassenbestand	18.769,87			18
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	13.863.607,99	13.882.377,86		3.280
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank	€ 13.863.607,99			
Vorjahr			T€ 3.280	
2. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig	91.245.602,37			103.867
b) andere Forderungen	1.110.199.803,67	1.201.445.406,04		1.146.566
3. Forderungen an Kunden		6.409.337.032,24		7.371.892
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	€ 3.071.890.215,89			
Vorjahr			T€ 3.399.982	
Kommunalkredite	€ 1.521.073.467,50			
Vorjahr			T€ 1.916.650	
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Anleihen und Schuldverschreibungen				
aa) von öffentlichen Emittenten	5.062.876,71			5.063
ab) von anderen Emittenten	1.335.769.126,98	1.340.832.003,69		1.248.484
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	€ 1.310.400.754,72			
Vorjahr			T€ 1.212.772	

Aktiva	€	€	Vorjahr	T€
5. Beteiligungen		3.847.289,20		3.847
darunter:				
an Kreditinstituten	€ 2.356.809,50			
Vorjahr			T€ 2.357	
6. Anteile an verbundenen Unternehmen		135.000,00		135
darunter:				
an Kreditinstituten	€ 0,00			
Vorjahr			T€ 0	
7. Treuhandvermögen		97.252.407,40		65.292
darunter:				
Treuhandkredite	€ 97.252.407,40			
Vorjahr			T€ 65.292	
8. Immaterielle Anlagewerte		895.522,00		909
9. Sachanlagen		31.227.889,13		39.077
10. Sonstige Vermögensgegenstände		5.880.697,33		4.979
11. Rechnungsabgrenzungsposten		15.834.014,25		16.362
Summe der Aktiva		9.120.569.639,14		10.009.771

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2008

Passiva

Passiva	€	€	€	Vorjahr T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		16.993.337,35		163
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		7.667.606.282,59	7.684.599.619,94	8.709.098
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, andere Verbindlichkeiten				
a) täglich fällig		361.978.164,69		271.112
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		254.583.693,26	616.561.857,95	209.426
3. Treuhandverbindlichkeiten				
			97.252.407,40	65.292
darunter:				
Treuhandkredite	€ 97.252.407,40			
Vorjahr	T€ 65.292			
4. Sonstige Verbindlichkeiten				
			37.241.044,98	47.596
5. Rechnungsabgrenzungsposten				
			149.235.546,37	184.341
6. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		6.235.000,00		5.264
b) Steuerrückstellungen		0,00		221
c) andere Rückstellungen		21.401.660,00	27.636.660,00	10.346
7. Nachrangige Verbindlichkeiten				
			140.086.165,06	140.081

Passiva	€	€	€	Vorjahr T€
8. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital				
aa) gezeichnetes Kapital	260.000.000,00			260.000
ab) Einlagen stiller Gesellschafter	50.000.000,00	310.000.000,00		50.000
b) Kapitalrücklage		3.357.193,81		3.357
c) Gewinnrücklagen				
ca) satzungsmäßige Rücklagen	12.462.079,37			12.237
cb) andere Gewinnrücklagen	42.137.064,26	54.599.143,63		41.237
d) Bilanzgewinn		0,00	367.956.337,44	0
Summe der Passiva			9.120.569.639,14	10.009.771

Passiva	€	€	€	Vorjahr T€
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Verbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			0,00	0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			39.471.971,87	39.665
2. Andere Verpflichtungen				
a) unwiderrufliche Kreditzusagen			449.028.636,48	312.086

Dresden, 31.12.2008/09.03.2009

Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Stefan Weber
Gerd Pohland

Gewinn- und Verlustrechnung 1. Januar bis 31. Dezember 2008
Aufwendungen und Erträge

Aufwendungen	€	€	€	Vorjahr T€
1. Zinsaufwendungen			390.899.546,78	441.559
2. Provisionsaufwendungen			0,00	0
3. Nettoaufwand aus Finanzgeschäften			167.520,14	0
4. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	34.819.650,78			34.006
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung, darunter: für Altersversorgung € 2.145.422,40 Vorjahr T€ 2.431	8.241.622,07	43.061.272,85		8.282
b) andere Verwaltungsaufwendungen		18.507.253,51	61.568.526,36	20.699
5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			10.574.975,10	3.186
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen			2.593.091,12	6.637
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			61.794.969,42	124.223

Aufwendungen	€	€	€	Vorjahr T€
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			17.740.950,00	79
9. Sonstige Steuern			4.777,50	5
10. Jahresüberschuss			1.125.425,29	955
Summe der Aufwendungen			546.469.781,71	639.631

	€	€	€	Vorjahr T€
1. Jahresüberschuss			1.125.425,29	
2. Einstellung in Gewinnrücklagen				
a) in die satzungsmäßige Rücklage		225.085,06		
b) in die anderen Gewinnrücklagen		900.340,23	1.125.425,29	
3. Bilanzgewinn			0,00	

Erträge	€	€	€	Vorjahr T€
1. Zinserträge				
a) aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	424.412.023,97			479.396
b) aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	63.137.264,61	487.549.288,58		53.053
2. Laufende Erträge				
a) aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			0,00	0
b) aus Beteiligungen			33.315,00	7
c) aus Anteilen an verbundenen Unternehmen			0,00	0
3. Provisionserträge			47.394.479,36	34.401
4. Nettoertrag aus Finanzgeschäften			0,00	6
4. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			213.125,00	126
5. Sonstige betriebliche Erträge			11.279.573,77	12.642
6. Außerordentliche Erträge			0,00	60.000
Summe der Erträge			546.469.781,71	639.631

Dresden, 31.12.2008/09.03.2009

Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Stefan Weber
Gerd Pohland

1. Vorbemerkung

Mit Wirkung vom 07.05.1996 erhielt die Sächsische Aufbaubank die Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften im Sinne des § 1 Abs. 1 Nrn. 1–5 und 7–9 KWG. Sie nahm am 01.06.1996 ihren Geschäftsbetrieb auf. Das Betriebsanwesen befindet sich im Eigentum der Bank. Die Sächsische Aufbaubank GmbH ist mit Inkrafttreten des „Gesetzes zur Errichtung der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank –“ (FörderbankG) am 12. Juli 2003 in eine Anstalt des öffentlichen Rechts umgewandelt worden. Der Freistaat Sachsen ist alleiniger Anteilseigner. Das Stammkapital von 260,0 Mio. € ist voll eingezahlt. Die Bank erfüllt als zentrales Förderinstitut des Freistaates Sachsen die ihr durch §§ 2 und 3 FörderbankG übertragenen Aufgaben. Die Geschäftstätigkeit umfasst insbesondere die Gewährung und Verwaltung von Darlehen, Zuschüssen und sonstigen Finanzierungshilfen sowie Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen auf den Gebieten Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarktförderung, Technologieförderung, Wohnungs-, Städtebau- und Infrastrukturförderung, Landwirtschafts- sowie Umweltschutzförderung. Die Bank betreibt keine Wettbewerbsgeschäfte. Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wurde wegen untergeordneter Bedeutung der Tochterunternehmen (SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH, Sächsisches Staatsweingut GmbH sowie Businessplan-Wettbewerb Sachsen GmbH) und deren Beteiligungen gemäß § 296 Abs. 2 HGB verzichtet. Die SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH ist ein nachgeordnetes Unternehmen im Sinne von § 10a Abs. 2 KWG.

2. Allgemeine Grundsätze

Der Jahresabschluss der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Förderbank- und Aktiengesetzes sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) erstellt. Die Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt gemäß der Formblätter 1 und 2 der RechKredV.

3. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wurde nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB vorgenommen. Die speziellen Regelungen des § 340e HGB für Kreditinstitute sind beachtet worden. Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, ausgewiesen. Bei Gegenständen des Anlagevermögens werden planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer vorgenommen. Die Abschreibung für die beweglichen und abnutzbaren Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens erfolgt linear. Außerplanmäßige Abschreibungen erfolgen bei dauernder Wertminderung. Für die geringwertigen Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten zwischen 150 € bis 1.000 € liegen, wird ein Sammelposten gebildet, der über fünf Jahre aufgelöst wird. Die geringwertigen Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten unter 150 € liegen, werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben. Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere hat die Bank auch wie Anlagevermögen bewertet. Der Buchwert beträgt per 31.12.2008 1.326,3 Mio. € (ohne anteilige Zinsen). Bei über pari erworbenen Wertpapieren und Scheckscheindarlehen wird das Aufgeld entsprechend der Laufzeit zu Lasten des Zinsertrages aufgelöst. Das Nominalvolumen der nicht zum strengen Niederstwertprinzip bewerteten Wertpapiere beläuft sich am Bilanzstichtag auf 1.344,9 Mio. €. Die vermiedenen Niederstwertabschreibungen belaufen sich auf 55,1 Mio. €. Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind zu Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen für dauernde Wertminderungen, bilanziert. Die Forderungen an Kunden und Kreditinstitute werden grundsätzlich zum Nennwert zuzüglich der Zinsabgrenzung ausgewiesen. Soweit Unterschiedsbeträge zwischen Nenn- und Auszahlungsbeträgen bestehen, die Zinscharakter haben, sind diese unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten aufgeführt und werden planmäßig über die Laufzeit bzw. Festzinsbindungsdauer

aufgelöst. Bearbeitungsgebühren werden sofort vereinnahmt. Angekaufte Forderungen werden mit ihrem Nominalwert angesetzt abzüglich eines Korrekturpostens in Höhe der Differenz zu den Anschaffungskosten.

Den Kredit- und sonstigen Risiken wurde durch Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Kreditrisiken in der Eigentumsförderung bestehen pauschale Einzelwertberichtigungen. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung erfolgte in Anlehnung an das Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 10.01.1994. Die Berechnungsmethode der Pauschalwertberichtigung wurde per 31.12.2008 umgestellt (Durchschnittswert des risikobehaftenden Kreditvolumens auf die fünf vorangehenden Bilanzstichtage und Durchschnittswert des tatsächlichen Forderungsausfalls auf die fünf vorangehenden Wirtschaftsjahre).

Die in die Bürgschaft des Freistaates einbezogenen Engagements wurden dabei wie einzelwertberichtigte Engagements behandelt. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sind von den Forderungen abgesetzt worden.

Die Eventualverbindlichkeiten werden in Höhe des verbürgten Kredites abzüglich der gebildeten Rückstellungen ausgewiesen. Die bestehenden Eventual-Rückgriffsforderungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sind in Höhe von 33.801 T€ durch Rückbürgschaften des Freistaates gesichert.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten sowie die nachrangigen Verbindlichkeiten und sonstigen Verbindlichkeiten sind mit den Rückzahlungsbeträgen zuzüglich der Zinsabgrenzung passiviert. Unterschiedsbeträge mit Zinscharakter zwischen Aufnahme- und Rückzahlungsbetrag werden unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und planmäßig über die Laufzeit bzw. Festzinsbindungsdauer verteilt. Im Jahr 1997 wurde die Unterstützungskas-

se der Sächsischen Aufbaubank e.V. gegründet. Für die noch auf die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – entfallenden Pensionsverpflichtungen besteht eine Rückstellung in Höhe von 6.235 T€. Die Pensionsverpflichtungen werden zum Teilwert auf Basis des Rechnungszinsfußes von 4,0% nach versicherungsmathematischen Methoden entsprechend § 6a EStG berechnet. Rückstellungen für Altersteilzeit (Blockmodell) erfolgten in Höhe von 3.686 T€. Der Rechnungszinsfuß beträgt 4,0%. Die Rückstellung für Aufstockungsbeträge und Abfindungszahlungen wurde auf Basis der Barwerte gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB gebildet.

Die sonstigen Rückstellungen sind in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um erkennbare Verpflichtungen angemessen zu berücksichtigen.

Rechnungsabgrenzungen wurden in angemessener Weise vorgenommen.

Die Agien für erworbene Schuldscheindarlehen bzw. Namenspapiere wurden im Berichtsjahr laufzeitanteilig zulasten des Zinsertrages abgegrenzt.

Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten und Devisentermingeschäfte wurden unter Berücksichtigung des § 340h HGB zum Kassakurs am Bilanzstichtag in € umgerechnet bzw. bewertet.

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände mit ihrem Anschaffungswert berücksichtigt. Die Grundstücke und Gebäude des Umlaufvermögens sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

4. KWG-Grundsätze

Die Bank hat die Eigenmittelanforderungen nach SolvV während des gesamten Jahres eingehalten. Die Liquiditätskennzahl wurde stets erfüllt.

5. Fristengliederung ausgewählter Bilanzposten der Aktiv- und Passivseite nach Restlaufzeiten

Andere Forderungen an Kreditinstitute (31.12.2008)	T€
bis 3 Monate	470.178
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	58.617
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	399.111
mehr als 5 Jahre	182.294
Summe	1.110.200

Vorjahr 1.146.566

Forderungen an Kunden (31.12.2008)	T€
bis 3 Monate	245.751
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	129.347
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.014.959
mehr als 5 Jahre	5.019.280
Summe	6.409.337

Vorjahr 7.371.892

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (31.12.2008)	T€
von öffentlichen Emittenten:	
bis 3 Monate	0
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	0
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	0
mehr als 5 Jahre	5.063
Summe	5.063

von anderen Emittenten:	T€
bis 3 Monate	0
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	118.260
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	710.225
mehr als 5 Jahre	507.284
Summe	1.335.769

Summe gesamt 1.340.832
Vorjahr 1.253.547

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (31.12.2008)	T€
bis 3 Monate	259.827
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	587.442
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.727.878
mehr als 5 Jahre	4.092.459
Summe	7.667.606
Vorjahr	8.709.098

Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (31.12.2008)	T€
bis 3 Monate	6.084
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	0
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	55.000
mehr als 5 Jahre	193.500
Summe	254.584
Vorjahr	209.426

6. Erläuterungen zu einzelnen Bilanzpositionen

Forderungen an Kreditinstitute (31.12.2008)	T€
In dieser Position sind enthalten:	
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0
darunter: nachrangig	0
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	0

Forderungen an Kunden (31.12.2008)	T€
In dieser Position sind enthalten:	
Forderungen gegenüber Gesellschafter	913.270
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	31.964
darunter: nachrangig T€	10.395
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	76.639
nachrangige Forderungen	14.195

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (31.12.2008)	T€
Von den in dieser Position ausgewiesenen Wertpapieren sind:	
börsennotiert	1.340.832
nicht börsennotiert	0
nicht nach Niederstwertprinzip bewertet	1.340.832

Treuhandvermögen	T€
Diese Position gliedert sich wie folgt:	
Forderungen an Kreditinstitute	14.410
Forderungen an Kunden	82.842
Summe	97.252
Vorjahr	65.292

Anlagevermögen (31.12.2008)	T€
Einzelheiten sind aus dem Anlagespiegel, Seite 48/49, ersichtlich.	

Sachanlagen (31.12.2008)	T€
Die für betriebliche Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude haben einen Bilanzwert in Höhe von	27.000
Die Büro- und Geschäftsausstattungen haben einen Bilanzwert in Höhe von	4.228

Sonstige Vermögensgegenstände (31.12.2008)	T€
In dieser Position sind enthalten:	
sonstige Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	16
sonstige Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	T€
In dieser Position sind enthalten:	
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	342.162
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	139
Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	0

Treuhandverbindlichkeiten (31.12.2008)	T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.191
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	96.061
Summe	97.252
Vorjahr	65.292

Sonstige Verbindlichkeiten (31.12.2008)	T€
In dieser Position sind enthalten:	
Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0

Rechnungsabgrenzungsposten (31.12.2008)	T€
Aktivseite:	
Agioabgrenzung Schuldscheindarlehen	112
vorausbezahlte Gehälter	1.877
Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabebetrag und höherem Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten	10.198
sonstige Aufwandsabgrenzungen	84
Derivate (Einmalzahlung Swap)	3.563
Summe	15.834
Vorjahr	16.362

Passivseite:	
von Dritten im Voraus erhaltene Zinsverbilligungsmittel	113.224
Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten und höherem Nennbetrag von Forderungen	57
sonstige Ertragsabgrenzungen	35.955
Summe	149.236
Vorjahr	184.341

7. Erläuterungen zu einzelnen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung

Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldverschreibungen (01.01.–31.12.2008)	T€
aus Darlehensforderungen	369.374
aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldverschreibungen	63.137
aus Geldanlagen	31.569
zinsähnliche Erträge	23.469
Summe	487.549
Vorjahr	532.449

Provisionserträge (01.01.–31.12.2008)	T€
Verwaltungskostenbeiträge	44.358
Provisionen aus Treuhandgeschäft	322
treuhänderisch verwaltete Fonds	2.437
sonstige	277
Summe	47.394
Vorjahr	34.401

Laufende Erträge	T€
Beteiligungen	33
Vorjahr	7

Sonstige betriebliche Erträge	T€
In dieser Position sind enthalten:	
Erstattungen durch den Freistaat Sachsen	1.029

Zinsaufwendungen (01.01.–31.12.2008)	T€
aus Refinanzierungen (davon aus nachrangigen Verbindlichkeiten T€ 5.978)	380.719
sonstige	10.181
Summe	390.900
Vorjahr	441.559

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen (01.01.–31.12.2008)	T€
a) Personalaufwand	43.061
b) andere Verwaltungsaufwendungen	
▶ Dienstleistungen L-Bank – Förderbank –	4.685
▶ Beratungs- und Prüfungskosten/Beiträge	2.256
▶ Gebäudeaufwendungen	3.207
▶ Aufwand Leiharbeiter	3.042
▶ Aufwendungen EDV und Wartung	1.694
▶ sonstige	3.623
Summe	18.507
Summe gesamt	61.568
Vorjahr	62.987

8. Sonstige Angaben

Das Nominalvolumen der abgeschlossenen derivativen Geschäfte betrug zum 31.12.2008 4.712,0 Mio. €. Diese Geschäfte wurden ausschließlich zur Sicherung von Positionen des Bankbuchs getätigt. Devisentermingeschäfte wurden in Höhe von 15 T€ abgeschlossen.

Von den nachrangigen Verbindlichkeiten von insgesamt nominell 137.000 T€ übersteigen folgende Schuldscheindarlehen 10% des Gesamtbetrages:

T€ 25.000	Verzinsung 5,85 % Laufzeit bis 02.01.2017
T€ 15.000	Verzinsung 3,66 % Laufzeit bis 06.10.2023

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung sowie eine Umwandlungsmöglichkeit in eine andere Schuldform sind nicht gegeben. Die Darlehensbedingungen entsprechen den Anforderungen gemäß § 10 Abs. 5a KWG. Die Darlehen sind in den Jahren 2011 bis 2026 endfällig. Die stillen Einlagen betragen insgesamt 50.000 T€. Zwei Einlagen übersteigen 10 % des Gesamtbetrages (25.000 T€ und 15.000 T€ mit je 5,75 % Verzinsung und Laufzeit bis zum Jahre 2011 vereinbart). Die Bedingungen entsprechen den Anforderungen gemäß § 10 Abs. 4 KWG. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Refinanzierungsdarlehen) sind teilweise durch Abtretung von Kundenforderungen besichert. Ferner wurden per 31.12.2008 Wertpapiere und

Schuldscheindarlehen der Deutschen Bundesbank in Höhe von nominal 1.299.065 T€ zur Besicherung von Krediten verpfändet. Fremdwährungsverbindlichkeiten bestanden im Gegenwert von 221.007 T€. Außerbilanzielle Fremdwährungsforderungen bestanden im Gegenwert von 204.175 T€. Die Bewertung erfolgte zum Kassakurs am Bilanzstichtag. Im Beteiligungsbereich bestehen Einzahlungsverpflichtungen für ausstehende, bisher nicht eingeforderte Einlagen auf das gezeichnete Kapital in Höhe von 4,0 Mio. €. Für die Grundstücke und Gebäude des Anlagevermögens wurde in 2008 eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 7.547 T€ getätigt.

Beteiligungsspiegel

Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – besitzt folgende Anteile an anderen Unternehmen in Höhe von mindestens 20 %.

Name/Sitz	Eigenkapital per 31.12.2007	Beteiligungsquote Stammkapital 31.12.2008	Ergebnis 2007	
	T€	T€	T€	
SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH, Dresden	19.139	100%	110	647
Sächsisches Staatsweingut GmbH, Radebeul	-4.089	100%	25	-1.628
Businessplan-Wettbewerb Sachsen GmbH, Dresden	106	100%	25	14
Sächsische Energieagentur – SAENA GmbH, Dresden	624	49%	25	-326

Die Sächsische Staatsweingut GmbH, Radebeul, besitzt folgende Anteile an anderen Unternehmen in Höhe von mindestens 20 %.

Name/Sitz	Eigenkapital per 31.12.2007	Beteiligungsquote Stammkapital 31.12.2008	Ergebnis 2007	
	T€	T€	T€	
Wein- und Sektkontor Radebeul GmbH, Radebeul	25	100%	25	-34
Sektkellerei Wackerbarth GmbH, Radebeul	38	100%	50	-2

9. Angaben zur Steuerpflicht

Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – ist aufgrund ihrer Förderaufgaben von der Körperschaft- und Gewerbesteuer befreit.

10. Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

Die Bank beschäftigte ohne Vorstand und Auszubildende im Jahresdurchschnitt 702 tariflich und 91 außertariflich bezahlte Mitarbeiter (insgesamt somit 793).

11. Gesamtbezüge und Darlehen der Organe

Die Gesamtbezüge des Vorstandes, ohne Arbeitgeber-Anteile zur Sozialversicherung, im Geschäftsjahr 2008 betragen 921 T€. An Mitglieder des Verwaltungsrates wurden 10,2 T€ gezahlt. Darlehen an Mitglieder des Verwaltungsrates wurden in Höhe von 227 T€ gewährt (Zinssätze 4,40%–4,70%, Restlaufzeiten von 2009–2020). Die Tilgungen betragen 8,6 T€.

Für ein in den Vorjahren ausgeschiedenes Vorstandsmitglied wurden Bezüge in Höhe von 21 T€ gezahlt.

Für frühere Mitglieder des Vorstandes wurden Rückstellungen für die Anwartschaft auf Pensionen in Höhe von 473 T€ gebildet.

12. Organe der Bank

Vorstand

Stefan Weber
Vorsitzender des Vorstandes
Dresden

Rainer Irmen
Mitglied des Vorstandes
Dresden
(bis 12.08.2008)

Gerd Pohland
Mitglied des Vorstandes
Dresden

Verwaltungsrat

Prof. Dr. Georg Unland
Vorsitzender
Sächsisches Staatsministerium der Finanzen
Staatsminister
Dresden
(ab 18.06.2008)

Stanislaw Tillich
Vorsitzender
Sächsisches Staatsministerium der Finanzen
Staatsminister
Dresden
(bis 27.05.2008)

Thomas Jurk
stellvertretender Vorsitzender
Sächsisches Staatsministerium für
Wirtschaft und Arbeit
Staatsminister
Dresden

Helma Orosz
Sächsisches Staatsministerium
für Soziales
Staatsministerin (bis 31.07.2008)
Landeshauptstadt Dresden
Oberbürgermeisterin (seit 01.08.2008)
Dresden

Uwe Albrecht
Bürgermeister-Dezernat Wirtschaft und Arbeit
Stadtverwaltung Leipzig

Christian Brand
Vorsitzender des Vorstandes
Landeskreditbank Baden-Württemberg
– Förderbank –
Karlsruhe

Joachim Hoof
Vorsitzender des Vorstandes
Sachsen-Finanzgruppe
Leipzig

stellvertretende Mitglieder

Dr. Hartmut Mangold
Sächsisches Staatsministerium für
Wirtschaft und Arbeit
Staatssekretär
Dresden

Dr. Albert Hauser
Sächsisches Staatsministerium
für Soziales
Staatssekretär
Dresden
(bis 04.07.2008)

Ronald Weckesser
Mitglied des Sächsischen Landtages
Dresden

Jürgen Hägele
stellv. Vorsitzender des Vorstandes
Landeskreditbank Baden-Württemberg
– Förderbank –
Karlsruhe

Dr. Harald Langenfeld
Mitglied des Vorstandes
Sachsen-Finanzgruppe
Leipzig
(seit 12.06.2008)

Arbeitnehmersvertreter

Christiane Heerdegen
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Personalratsvorsitzende (ab 01.10.2008)
Dresden

Herbert Bach
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Personalratsvorsitzender (bis 30.09.2008)
Dresden

André Finger
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Angestellter
Dresden

stellvertretende Mitglieder

Bernd Diethold
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Angestellter
Dresden

Sabine Ulrich
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Angestellte
Dresden

Dr. Dorothea Wunsch
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Angestellte
Dresden

Mandate

Stefan Weber, Vorsitzender des Vorstandes, übt folgende Mandate aus:

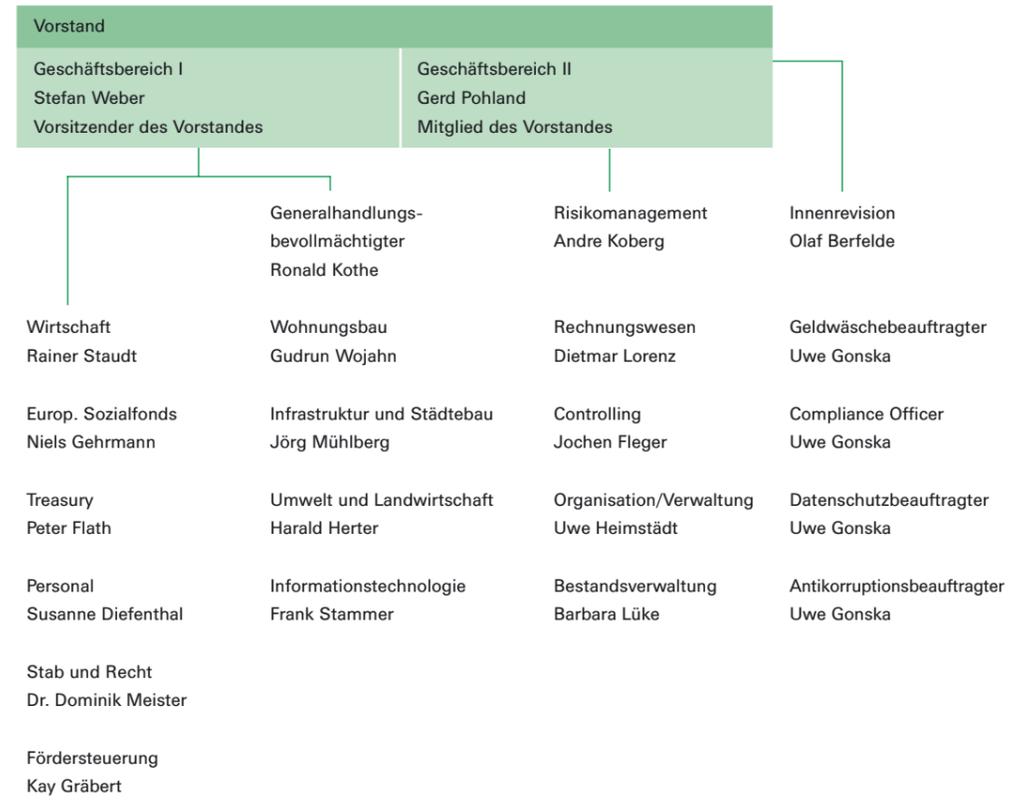
- ▶ seit dem 15.11.2005 im Aufsichtsrat der STESAD GmbH (Stadtentwicklungs- und Sanierungsgesellschaft)
- ▶ seit dem 01.06.2007 im Aufsichtsrat der Wohnungsgesellschaft mbH Hoyerswerda
- ▶ seit dem 20.06.2007 im Aufsichtsrat der Sächsischen Energieagentur – SAENA GmbH
- ▶ seit dem 10.09.2008 im Beirat der RKW Sachsen GmbH Dienstleistung und Beratung

13. Verwendung des Jahresüberschusses

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2008 von 1.125.425,29 € in Höhe von 20% (= 225.085,06 €) der satzungsmäßigen Rücklage zuzuführen und den Restbetrag von 80% (= 900.340,23 €) in die andere Gewinnrücklage einzustellen.

Dresden, 9. März 2009

Stefan Weber
Gerd Pohland



Anlagespiegel

	Anschaffungs-		Zugänge	Abgänge	Abschreibungen		Um-	Zugänge	Abgänge	Stand	kumulierte	kumulierte	Buchwerte				
	kosten	Um-			Stand	Stand							Stand	Auflösung	Zuschrei-	Stand	Stand
	01.01.2008	buchungen			31.12.2008	01.01.2008							31.12.2008	Agio	bungen	31.12.2008	31.12.2007
T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€		
I. Finanzanlagen																	
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.241.515	0	185.253	81.587	1.345.181	0	0	17.741	0	17.741	1.131	17	1.326.326	1.240.452			
Beteiligungen	3.847	0	0	0	3.847	0	0	0	0	0	0	0	3.847	3.847			
Anteile an verbundenen Unternehmen	3.160	0	0	0	3.160	3.025	0	0	0	3.025	0	0	135	135			
II. Immaterielle Anlagewerte																	
Immaterielle Anlagewerte	7.845	0	Rundung 730	0	8.575	6.936	0	743	0	7.679	0	0	896	909			
III. Sachanlagen																	
Grundstücke und Gebäude	41.681	0	311	0	41.992	6.285	0	8.707	0	14.992	0	0	27.000	35.396			
Anlagen im Bau	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0			
Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.205	0	1.314	556	15.963	11.588	0	1.050	536	12.102	0	0	3.861	3.617			
Kunstgegenstände	64	0	2	0	66	0	0	0	0	0	0	0	66	64			
Geringwertige Wirtschaftsgüter	1.398	0	376	333	1.441	1.398	0	75	333	1.140	0	0	301	0			
Summe	58.348	0	2.003	889	59.462	19.271	0	9.832	869	28.234	0	0	31.228	39.077			
Summe gesamt	1.314.715	0	187.986	82.476	1.420.225	29.232	0	28.316	869	56.679	1.131	17	1.362.432	1.284.420			

Derivative Geschäfte – Darstellung der Volumina

in Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte	
	Vorjahr	Berichtsjahr	positiv Berichtsjahr	negativ Berichtsjahr
Zinsrisiken				
Zinsswaps	4.437	4.468	30	-196
FRAs	0	0	0	0
Zinsoptionen				
Käufe (long)	0	0	0	0
Verkäufe (short)	0	0	-	-
Caps, Floors	7	7	0	0
Börsenkontrakte			-	-
Sonstige Termingeschäfte	0	0	0	0
Zinsrisiken gesamt	4.444	4.475	30	-196
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte, -swaps	0	0	0	0
Währungs-, Zinswährungsswaps	237	237	0	-33
Devisenoptionen				
Käufe (long)	0	0	0	0
Verkäufe (short)	0	0	-	-
Börsenkontrakte	0	0	-	-
Sonstige Währungstermingeschäfte	0	0	0	0
Währungsrisiken gesamt	237	237	0	-33

in Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte	
	Vorjahr	Berichtsjahr	positiv Berichtsjahr	negativ Berichtsjahr
Aktien- und sonstige Preisrisiken				
Aktientermingeschäfte	0	0	0	0
Aktienoptionen				
Käufe (long)	0	0	0	0
Verkäufe (short)	0	0	-	-
Börsenkontrakte	0	0	-	-
Sonstige Termingeschäfte	0	0	0	0
Aktien- und sonstige Preisrisiken gesamt	0	0	0	0
Kreditderivate				
Käufe (long)	0	0	0	0
Verkäufe (short)	0	0	0	0
Kreditderivate gesamt	0	0	0	0

Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung

in Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte	
	Vorjahr	Berichtsjahr	positiv Berichtsjahr	negativ Berichtsjahr
Banken in der OECD	4.681	4.712	30	-229
Banken außerhalb der OECD	0	0	0	0
Öffentliche Stellen in der OECD	0	0	0	0
Sonstige Kontrahenten *)	0	0	0	0
Gesamt	4.681	4.712	30	-229

*) inkl. Börsenkontrakte

Derivative Geschäfte – Handelsgeschäfte

in Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte	
	Vorjahr	Berichtsjahr	positiv Berichtsjahr	negativ Berichtsjahr
Zinskontrakte	0	0	0	0
Währungskontrakte	0	0	0	0
Aktienkontrakte	0	0	0	0
Kreditderivatekontrakte	0	0	0	0
Handelsgeschäfte gesamt	0	0	0	0

Derivative Geschäfte – Fristengliederung

Nominalwerte in Mio. €	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Kreditderivate	
	Vorjahr	Berichtsjahr	Vorjahr	Berichtsjahr	Vorjahr	Berichtsjahr	Vorjahr	Berichtsjahr
Restlaufzeiten:								
bis 3 Monate	0	0	0	0	0	0	0	0
bis 1 Jahr	265	312	0	107	0	0	0	0
bis 5 Jahre	882	846	107	0	0	0	0	0
über 5 Jahre	3.297	3.242	130	130	0	0	0	0
Gesamt	4.444	4.475	237	237	0	0	0	0

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sächsischen Aufbau- bank – Förderbank –, Dresden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für

die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Dresden, den 9. März 2009
PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Gero Martens
Wirtschaftsprüfer

Mark Maternus
Wirtschaftsprüfer

